

Herausgeberin/Redaktion
 Freisinnig-Demokratische
 Partei der Schweiz
 Postfach 6136
 3001 Bern
 Telefon 031 320 35 35
 Fax 031 320 35 00
 E-Mail info@fdp.ch
 Internet www.fdp.ch

Inserate
 TrisCom-Media AG
 Bündtenstrasse 10
 4410 Liestal
 Telefon 061 926 93 33
 Fax 061 926 93 30
 E-Mail verkauf@
 triscom.ch
 Internet www.triscom.ch

Layout/Druck
 NZZ Print
 Postfach
 8021 Zürich
 Telefon 044 258 18 94
 Fax 044 258 18 99
 ISDN 044 773 11 15
 E-Mail print@nzz.ch
 Internet www.nzzprint.ch

Offizielles Organ der FDP Schweiz.

27. Jahrgang. Erscheint monatlich.

Inhalt



FDP-Volksinitiative
 Unterschriftensammlung
 läuft auf Hochtouren. **6/7**



Asylgesetz
 Rechtssicherheit
 als liberales Ziel. **8/9**



Nationalbankgewinne
 Eine gefährliche Volks-
 initiative kommt im Mai
 zur Abstimmung. **10**

Anzeige

Recht verstehen...

**Ihr Weg
 zum
 Recht.**

www.binderlegal.ch
 T 056 204 02 00
 T 062 832 10 50

Binder
 Rechtsanwälte

**Herzliche Gratulation,
 Rolf Büttiker!**

Freisinniger präsidiert das Stöckli

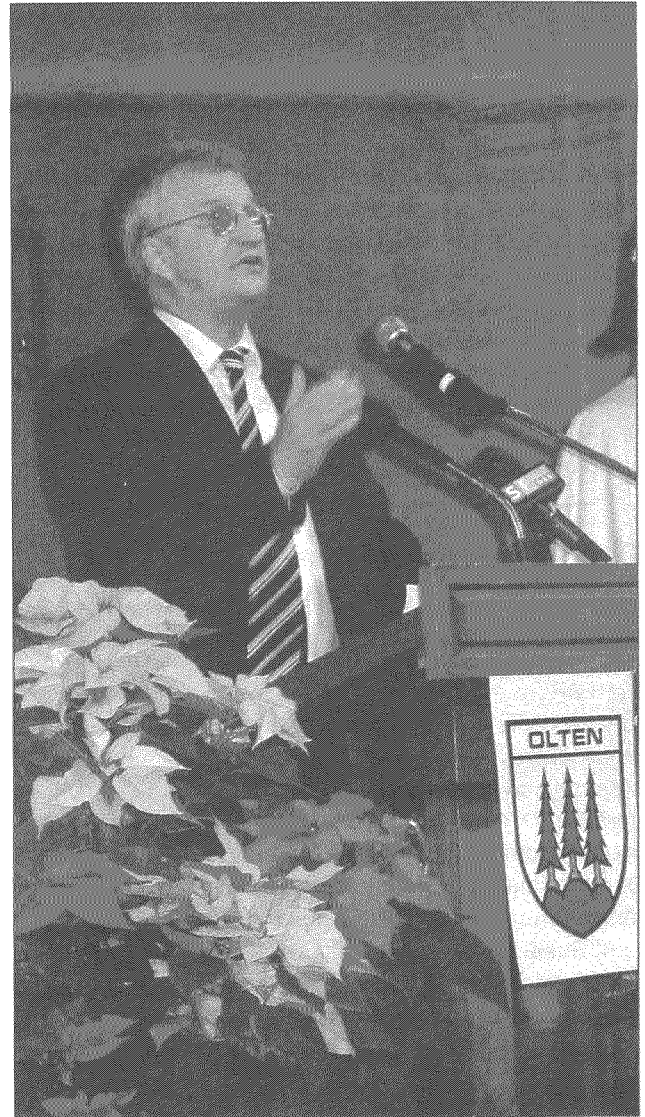
Die FDP gratuliert dem Solothurner Freisinnigen Rolf Büttiker zu seiner Wahl zum Ständeratspräsidenten. Damit wird der Ständerat von einer Persönlichkeit mit Format geführt. Eine herzliche Gratulation geht auch an Christine Egerszegi-Ob-rist, welche zur Vizepräsidentin des Nationalrats gewählt wurde und die grosse Kammer 2007 führen wird.



Nationalratsvizepräsidentin
 Christine Egerszegi.

Rolf Büttiker ist 55-jährig und hat eine etwas untypische Politkarriere durchlaufen, indem ihm 1987 der Sprung von der Gemeindepolitik in Wolfwil (SO) direkt in den Nationalrat gelungen ist. Vier Jahre später folgte dann bereits der Wechsel in den Ständerat. Büttiker ist unter anderem ein profunder Kenner der schweizerischen Verkehrspolitik und bearbeitet diese ohne Tabus und Scheuklappen. Der präzise Analytiker ist mit seiner direkten und offenen Art ein sehr geschätztes Mitglied des Ständerats und der FDP-Fraktion. Rolf Büttiker an

der Spitze des Ständerats ist für die kleine Kammer ein Glücksfall. Die 57-jährige Aargauerin Christine Egerszegi wird den Nationalrat im Jahr 2007 führen. Ihre Wahl zur ersten Vizepräsidentin hat dies heute bestätigt. Christine Egerszegi ist eine über die Parteigrenzen hinweg geschätzte Politikerin – nicht nur wegen ihrer Kompetenz in den komplexen Fragen der Gesundheits- und Sozialpolitik, sondern auch aufgrund ihrer lösungsorientierten Arbeitsweise. Die FDP wünscht Rolf Büttiker und Christine Egerszegi für ihr Amtsjahr viel Erfolg und Befriedigung. ■



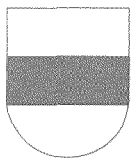
Der neue Ständeratspräsident Rolf Büttiker spricht an der Wahlfeier in Olten zur Festgemeinde.

Tagesschule: Luxus oder Notwendigkeit?

FDP-Ortsparteien Hünenberg und Cham organisierten gut besetztes Podium

Am 26. Oktober luden die FDP Hünenberg und Cham zu einer Podiumsdiskussion mit Vertretern aus Politik, Schule und Wirtschaft zum Thema «Tagesschule: Luxus oder Notwendigkeit?».

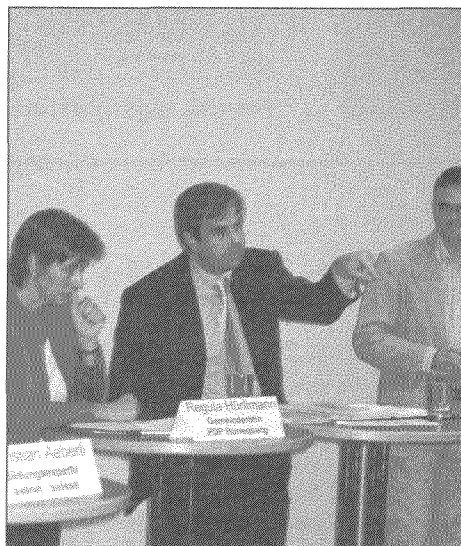
Von Andi Heizmann,
Vizepräsident FDP
Hünenberg,
Hünenberg ZG



In seinem Eingangsreferat plädierte Christian Aeberli, Bildungsexperte bei Avenir Suisse, für eine flächendeckende Einführung von Tagesschulen. Tagesschulen ermöglichen es den Eltern, Beruf und Familie besser zu vereinbaren. Dieses Schulmodell komme hauptsächlich den Frauen zu Gute, auf deren Ausbildung und Potenzial die Volkswirtschaft an-

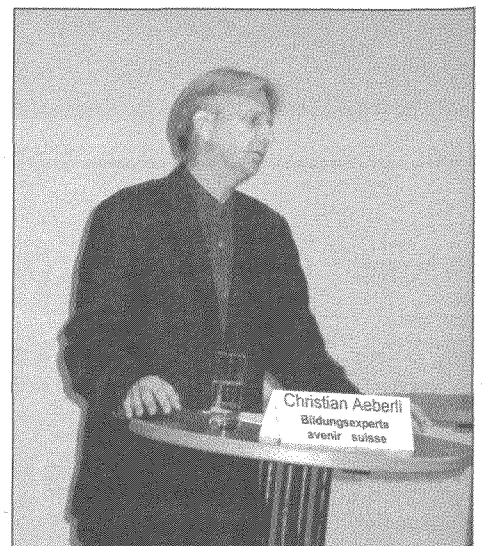
gewiesen sei. Für die Kinder ermöglichten Tagesschulen hingegen gezielte Förderaktivitäten, Betreuung bei den Hausaufgaben, eine gesunde Verpflegung und einen nachhaltigen Unterricht, da eine stabile Tagesstruktur eine gute Voraussetzung fürs Lernen sei.

Dass die Einführung von Tagesschulen einen grossen finanziellen Mehraufwand für die Gemeinden darstellt, stritt Christian Aeberli nicht ab. Die Frage nach der Finanzierung war dann auch eines der Argumente der kritischen Seite. SVP-Nationalrat Marcel Scherer und CVP-Kantonsrat Georges Helfenstein gaben zu bedenken, dass für den Staat, der für die Finanzierung verantwortlich ist, eine grosse Belastung hinzukäme. Einstimmig war man darin, dass Nutzer einer Tagesschule auch einen Teil zu deren Finanzierung beitragen sol-



Von links: Regula Hürlimann (Gemeinderätin FDP Hünenberg), Gerhard Pfister (CVP-Nationalrat), Ivo Zimmermann (Moderator, Vorstandsmitglied FDP Hünenberg).

len. CVP-Nationalrat Gerhard Pfister zeigte in einer Gedankenskizze auf, wie durch Wettbewerb und andere Massnahmen die Kosten heute schon gesenkt werden könnten. Für Georges Helfenstein war zudem klar, dass die Kinder das Umfeld der Fa-



Christian Aeberli (Bildungsexperte Avenir Suisse)

milie am eigenen Mittagstisch brauchen und schätzen. Die Frage, ob das heutige Familienmodell ausgedient habe, beschäftigte aber auch die Befürworter der Tagesschule. Regula Hürlimann, FDP-Gemeinderätin und Hünenberger Schulpräsi-

den, sprach dann auch von einem A-la-carte-Angebot, um der differenzierten Nachfrage gerecht zu werden. Unterstützung erhielt Regula Hürlimann von Vreni Wicky, CVP-Stadträtin und Zuger Schulpräsidentin, deren Tagesschule genau dieses Bedürfnis bereits seit Jahren deckt. Regula Hürlimann und Vreni Wicky gaben zum Ausdruck, dass Blockzeiten, Mittagstisch und nachschulische Betreuungsangebote selbstverständlich sein müssten. Diesem Argument folgte auch Gerhard Pfister. Er plädierte für die Selbstverständlichkeit, dass der Staat für den Bürger da ist und nicht umgekehrt. So solle er Schulmodelle anbieten, die den Bedürfnissen der Kinder und Eltern gerecht werden.

Erfolgreicher freisinniger Einsatz für die Lehrlinge

Erste nationale Lehrstellenkonferenz bringt konkrete Resultate

Die FDP ist erfreut, dass sich in Winterthur Bund, Kantone und die Sozialpartner an einen Tisch gesetzt, die Lehrstellensituation in der Schweiz beraten und konkrete Massnahmen beschlossen haben. Auslöser für diese Gespräche war ein Vorschlag der FDP im Rahmen des Eckigen Tisches vom Februar dieses Jahres.

Der Vorschlag zur Veranstaltung einer nationalen Lehrstellenkonferenz wurde von Nationalrat und FDP-Vizepräsident Ruedi Noser in die Diskussion eingebracht. Bereits damals wies die FDP darauf hin, dass eine nationale Lehrstellenkonferenz die Gelegenheit biete, Unternehmen, Wirtschaftsverbände und die öffentliche Hand an einem

Tisch zu vereinigen, die aktuellen Probleme zu besprechen, Vorurteile abzubauen und rasch Lösungen zu ergreifen. Dass die Diskussion zwischen den Akteuren im Bereich der Lehrlingsausbildung wesentlich wirkungsvoller ist als die Forderung nach staatlich geschaffenen Lehrstellen, zeigen nun die Ergebnisse dieser Lehrstellenkonferenz. Erfreulich ist, dass mit dem angestrebten Mentoring-Programm eine Idee übernommen wird, die mit dem Projekt Speranza von der FDP Baselland und der FDP Graubünden bereits erfolgreich praktiziert wird.

Endlich ist der alte Zopf weg!

Abschaffung der Lex Koller bringt Wachstumsimpulse

Die FDP ist erfreut, dass die Lex Koller endlich aufgehoben wird. Seit Jahren kämpft die FDP für deren Aufhebung, weil sie nur noch der Behinderung des Wachstums und sonst keinem Zweck mehr dient. Bei den nun geplanten raumplanerischen Massnahmen ist darauf zu achten, dass dadurch nicht die wegfallenden Beschränkungen auf anderem Weg wieder eingeführt werden.

Bereits im Wachstumsprogramm aus dem Jahr 2002 hat die FDP die Aufhebung

der überflüssigen Lex Koller verlangt. Dieses Gesetz, das den Verkauf von Grundstücken und Liegenschaften an Ausländer stark einschränkt, wirkt investitions-hemmend. Mit der Aufhebung wird ein Wachstumsimpuls gegeben. Profitieren werden vor allem Rand- und Berggebiete, weil die Lex Koller bis anhin den Verkauf von Ferienwohnungen an Ausländer behindert hat. Positiv auswirken wird sich diese Abschaffung nicht nur auf die Tourismus- und Baubranche, sondern

auf die Wirtschaft in den besonders betroffenen Regionen im Allgemeinen.

Dass der Wohnungsbau auch nach der Aufhebung der Lex Koller den raumplanerischen Auflagen genügen muss, versteht sich von selbst. Es wäre aber verfehlt, wenn die positiven Effekte dieser Aufhebung durch eine übertriebene Verschärfung des Raumplanungsrechts gleich wieder zunichte gemacht würden.



Berggebiete werden von der Aufhebung der Lex Koller profitieren können.

Erinnerung an den Mauerfall

Die Welt begeht den 2. Weltfreiheitstag

In Erinnerung an den Fall der Berliner Mauer wurde am 9. November der zweite Weltfreiheitstag gefeiert. Dieser Jahrestag steht seit dem 25. September unter neuen Vorzeichen. Nach dem Ja der Schweizerinnen und Schweizer zum freien Personenverkehr wurde die Mauer zwischen Osteuropa und der Schweiz endgültig beseitigt.

Der Fall der Berliner Mauer bedeutete das Ende des sozialistischen Kollektivismus. Nach der kommunistischen Unterdrückung im 20. muss das 21. Jahrhundert weltweit zum Jahrhundert der Freiheit werden. Die FDP unterstützt mit ihrer liberalen Grundhaltung diesen Prozess. Freisin-

niges Ziel ist die Garantie der individuellen Freiheit und Würde sowie der demokratischen Ordnung in einer Gesellschaft, die das Streben nach Erfolg positiv bewertet.

Mit der Ausdehnung des freien Personenverkehrs auf die neuen EU-Staaten wurden auch die Bande zwischen der Schweiz und den ehemaligen kommunistischen Staaten verstärkt. Die Schweiz hat sich seit jeher für die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger in diesen Ländern eingesetzt. In der Zeit der Unterdrückung wurden Flüchtlinge mit offenen Armen aufgenommen. Die Einführung des freien Personenverkehrs mit diesen Staaten ist da-

mit ein Schritt, für den die Schweiz seit der Errichtung der Berliner Mauer gekämpft hat.

Der zweite Weltfreiheitstag wurde an einem vom Liberalen Institut organisierten Anlass in Zürich feierlich begangen. Marina Masoni, Vizepräsidentin der FDP Schweiz und Tessiner Regierungsrätin, referierte in eindrücklicher Art und Weise über die Bedeutung von Freiheit für die Weiterentwicklung einer Gesellschaft.



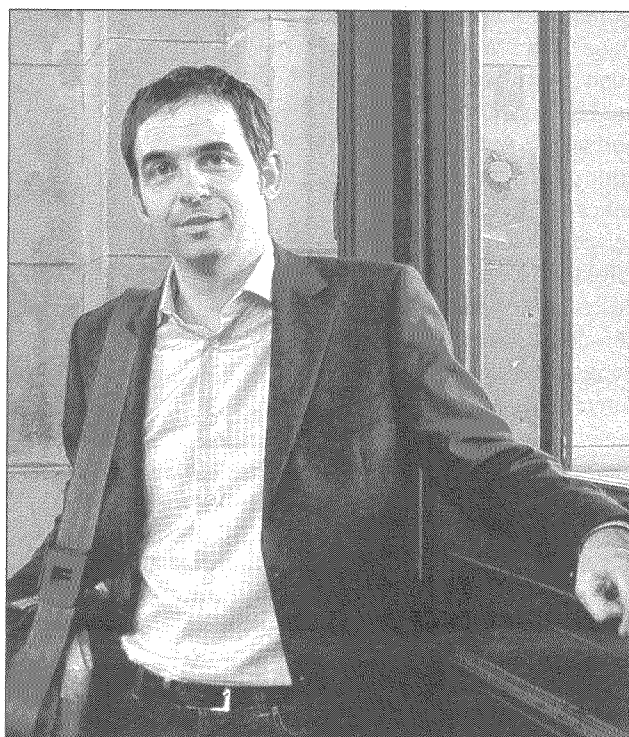
FDP-Vizepräsidentin Marina Masoni.

Die Grenzen der Solidarität

Erste quellengeschützte Gesamtdarstellung der Geschichte der schweizerischen Menschenrechtspolitik

Die Schweiz pflegt das Selbstbild, eine Hüterin der Humanität und der Menschenrechte in der internationalen Politik zu sein. So bezeichnete der Bundesrat das Engagement für die Menschenrechte wiederholt als Konstante der schweizerischen Aussenpolitik.

Von Jon A. Fanzun,
Politischer Sekretär
bei der FDP Schweiz,
Tarasp GR



Jon A. Fanzun

Auf dem Gebiet des humanitären Völkerrechts hat die Eidgenossenschaft als Ursprungsland des Roten Kreuzes in der Tat eine lange Tradition. Dagegen ist die Ansicht, wonach die Schweiz traditionsgemäss eine aktive Menschenrechtspolitik verfolgt habe, aus historischer Perspektive nicht haltbar. Die Schweiz war keine Vorreiterin des internationalen Menschenrechtsschutzes; sie hinkte den Entwicklungen auf diesem Gebiet lange hinterher. Die Schweiz blieb der Uno über ein halbes Jahrhundert und dem Europarat bis 1963 fern. Dies führte dazu, dass sie sich von den Aktivitäten dieser für den Menschenrechtsschutz zentralen Organisationen ausschloss. Der Schweiz fehlte es allerdings nicht nur an multilateralen Foren, sondern auch am politischen Willen. Sie war nach 1945 nicht bestrebt, sich

im Rahmen ihrer einzelstaatlichen Möglichkeiten für die Menschenrechtsidee einzusetzen und diese in ihre Solidaritätspolitik im Sinne der von Bundesrat Max Petitpierre geprägten Formel «Neutralität und Solidarität» zu integrieren. Das bedeutet nicht, dass der Bundesrat den Menschenrechtsgedanken als solchen abgelehnt hätte. Als rechtsstaatlich-demokratisches Land bekannte sich die Schweiz zu den Grundrechten. Zu schaffen machte ihr in erster Linie die Internationalisierung der Menschenrechte und die damit verbundene Kodifizierung, Multilateralisierung und Politisierung der Menschenrechte. Das tief

sitzende Misstrauen der politischen Entscheidungsträger gegenüber der Uno und dem Europarat sowie das Festhalten an einem rigiden Neutralitäts- und Souveränitätsverständnis verhinderten, dass die Schweiz ihre Pionierrolle auf dem Gebiet des humanitären Kriegsvölkerrechts auf das entstehende Friedensvölkerrecht, zu dem der Menschenrechtsschutz gehörte, ausdehnte.

Vorsichtige Annäherung

Zu einer Annäherung an den internationalen Menschenrechtsschutz kam es in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre. Bundesrat Willy Spühler, der das Aus-

senministerium von 1965 bis 1970 führte, erklärte den Beitritt zur Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) zu seiner europapolitischen Priorität. Rechtliche Unvereinbarkeiten zwischen Schweizer Recht und EMRK sowie innenpolitische Widerstände verzögerten die Ratifikation allerdings um mehrere Jahre. So kam es, dass die Schweiz erst 1974 als letzter der damaligen Mitgliedstaaten des Europarats der EMRK beitrug.

Im Rahmen der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) zeigte die Schweiz dagegen relativ wenig Berührungsängste. Hier beteiligte sie sich aktiv an den Menschenrechtsdebatten und forderte von den Ostblockstaaten verschiedentlich die Einhaltung der in der Schlussakte von Helsinki niedergelegten Menschenrechte. Ausserhalb des Kreises der KSZE-Staaten galt dagegen weiterhin der Grundsatz der Nichtintervention und der neutral-

tätspolitischen Zurückhaltung.

Vom Sonderfall zum Normalfall

Erst in den 1990er Jahren holte die Schweiz einen grossen Teil ihres menschenrechtspolitischen Rückstandes auf. Innerhalb weniger Jahre ratifizierte sie mehrere Menschenrechtsabkommen und steigerte ihr menschenrechtliches Engagement markant. Hintergrund hierfür bildete die konzeptionelle Neuorientierung der schweizerischen Aussenpolitik von 1993, in deren Rahmen die Förderung der Menschenrechte zu einem von fünf aussenpolitischen Hauptzielen avancierte. Die Schweiz ist in Sachen Menschenrechtspolitik kein Sonderfall mehr und betreibt diesbezüglich eine mit anderen westlichen Ländern vergleichbare Politik mit all deren Stärken und Schwächen. ■

Haben Sie Interesse am Buch?

Dieser Beitrag basiert auf dem Buch «Die Grenzen der Solidarität: Schweizerische Menschenrechtspolitik im Kalten Krieg» von FDP-Mitarbeiter Jon A. Fanzun. Die Arbeit ist im Buchhandel erhältlich oder kann unter folgender Adresse bestellt werden (Exemplar zu Fr. 58.– und Versandkosten):

Buchverlag Neue Zürcher Zeitung
Postfach
8021 Zürich
buch.verlag@nzz.ch

Zürich

Bevölkerung vor Störenfrieden schützen

Die FDP des Kantons Zürich spricht sich in der Vernehmlassung zum Neuerlass eines Polizeigesetzes für den Wegweisungsparagrafen aus. Dieser würde es der Polizei erlauben, Personen, die Anstoss erregen oder Furcht auslösen, von einem Ort wegzuweisen oder ihnen den Zugang dorthin zu verbieten. Die FDP nimmt mit Besorgnis zur Kenntnis, dass sich die SVP zusammen mit der SP gegen den Wegweisungsartikel ausspricht. Gemäss der Zürcher FDP verkennen sowohl die Konservativ-Rechte als auch die Genossinnen und Genossen den Grundsatz, dass die Freiheit jedes Einzelnen dort aufgehört, wo die Freiheit und Sicherheit des anderen eingeschränkt wird: Erst Sicherheit ermöglicht Freiheit!

Es könne doch nicht sein, so die FDP des Kantons Zürich, dass die Polizei zur Verhinderung einer unerwünschten und störenden Szenenbildung in ihrem Handeln beschnitten werde und gegen Randalierende und andere Störenfriede nicht konsequent durchgreifen könne. Auch im Hinblick auf eine allfällige Strafloserklärung des Betäubungsmittelkonsums sowie die fortschreitende Verslumung der Städte müsse die Polizei eingreifen und Personen, die Furcht auslösen, von Orten wegweisen können. Die Bürgerinnen und Bürger, aber auch das Gewerbe müssten vor randalierenden Gruppen geschützt werden. ■

Graubünden

Regierungsrat Martin Schmid für eine zweite Amtsperiode nominiert

An der ordentlichen Delegiertenversammlung der FDP Graubünden vom 2. November in Ilanz wurde Regierungsrat Martin Schmid einstimmig, glanzvoll und mit grossem, anhaltendem Applaus zum freisinnigen Regierungsratskandidaten für die Wahlen 2006 nominiert. In einem Frage-/Antwortspiel mit Parteipräsident Christian Rathgeb nahm Schmid auf sympathische Art und Weise und ausführlich zu den vielen erfolgreich durchgeführten Projekten seines Justiz-, Polizei- und Sanitätsdepartements Stellung.

Von Silvio Zuccolini,
Pressechef der FDP
Graubünden, Scharans GR



Martin Schmid (rechts) überzeugte die freisinnigen Delegierten mit seinen Antworten auf pointierte Fragen von Parteipräsident Christian Rathgeb.

St. Gallen

Neuer Geschäftsführer

Ende Februar 2006 tritt der bisherige Geschäftsführer der FDP des Kantons St. Gallen, Felix Keller, zurück. Die Kantonalpartei bedauert den Weggang ihres Geschäftsführers ausserordentlich, dankt ihm für die hervorragenden Dienste und wünscht ihm bei seiner neuen Tätigkeit viel Erfolg. Nachdem im Sinne einer rechtzeitigen Nachfolgeregelung die Stelle des Geschäftsführers öffentlich ausgeschrieben wurde, hat die Parteileitung aus einer Vielzahl von Bewerbungen Robert Stadler als Nachfolger von Felix Keller, mit Amtsantritt am 1. März 2006, gewählt. Robert



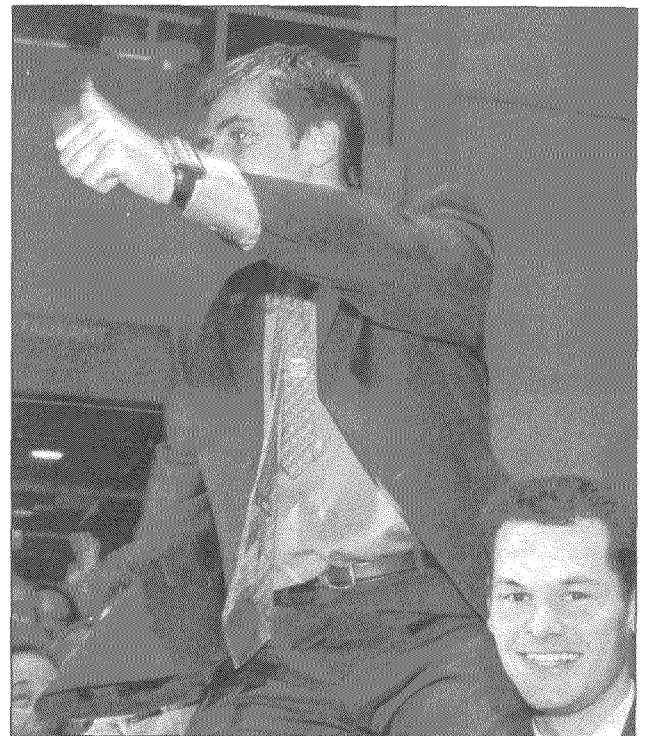
Robert Stadler

Stadler studierte an der Universität St. Gallen Betriebswirtschaftslehre mit der Vertiefungsrichtung Medien- und Kommunikationsmanagement. Bis zu seinem Stellenantritt arbeitet er bei einer Kommunikations- und PR-Agentur in Zürich. Robert Stadler ist in Kirchberg aufgewachsen und wohnt zurzeit in Winterthur. ■

Genf

FDP wieder in der Regierung

Nach dem sehr guten Ergebnis bei den Grossratswahlen von Anfang Oktober hat sich die Genfer FDP auch bei den Wahlen in die Kantonsregierung von ihrer besten Seite gezeigt. Mit der vierthöchsten Stimmenzahl gelang Parteipräsident François Longchamp im ersten Wahlgang der Einzug in den Regierungsrat. Trotz dem Wermutstropfen einer linken Regierungsmehrheit feierte die FDP des Kantons Genf ihre Rückkehr in die Regierung, welcher sie während vier Jahren nicht mehr angehört hatte, natürlich ausgiebig. ■



François Longchamp auf den Schultern von FDP Genf-Vizepräsident Pierre Maudet.

Gefahr droht durch Aarhus-Konvention

Blockieren künftig europäische Umweltverbände die Schweizer Wirtschaft?

Die Aarhus-Konvention verlangt von den ratifizierenden Staaten drei Dinge: Zugang zu Umweltinformationen, öffentliche Beteiligung an Entscheiden, die Auswirkungen auf die Umwelt haben können, und Zugang zu den Gerichten. Gemäss dem Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft (Buwal) soll die Konvention im Herbst 2006 ratifiziert und im Jahre 2007 in Kraft gesetzt werden.

Die Aarhus-Konvention verankert damit das Verbandsbeschwerderecht nicht nur international, sondern verlangt ausdrücklich, dass «Mitglieder der betroffenen Öffentlichkeit» Zugang zu einem Überprüfungsverfahren vor einem Gericht haben. Als «betroffene Öffent-

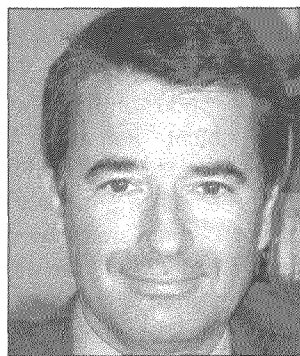
lichkeit» gelten auch Verbände und Organisationen, die sich für den Umweltschutz einsetzen. Die noch nicht verabschiedete EU-Richtlinie, aber auch der sogenannte «Implementation Guide» der United Nations sieht vor, dass der Zugang zu den Gerichten insbesondere auch Organisationen anderer Mitgliedstaaten ermöglicht werden muss. Damit wären europäischen Umweltverbänden Tür und Tor zu Schweizer Gerichten geöffnet.

An einer kürzlich von der FDP des Kantons Zürich durchgeführten Pressekonferenz führte die Parteipräsidentin und Mitinitiantin der eidgenössischen Volksinitiative zur Einschränkung des Verbandsbeschwerderechts, Doris Fiala, aus, dass im Falle einer Ratifizierung der Aarhus-Konvention nicht nur schweizerische, sondern auch europäische Umweltverbände ermuntert würden, in der Schweiz Projekte zu blockieren. Damit würde die Schweiz weitere Standortvorteile unnötig preisgeben.

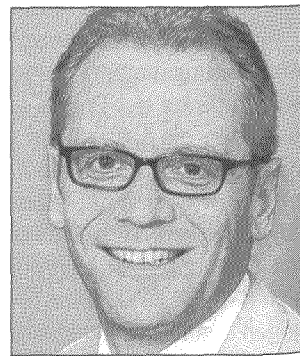
Der aus Wien angereiste Axel Steinsberg, der für die Aarhus-Konvention zuständige Referent an der Wirt-



Doris Fiala, Präsidentin der FDP des Kantons Zürich



Axel Steinsberg von der Wirtschaftskammer Österreich



Konrad Hurni, Zürcher FDP-Geschäftsführer und Präsident des Initiativkomitees

schaftskammer Österreich, berichtete über die ersten Erfahrungen aus einem EU-Mitgliedstaat, in welchem Umweltinformation und Öffentlichkeitsbeteiligung bereits umgesetzt sind. Aus seiner Sicht kennt die Konvention betreffend den Zugang zu den Gerichten keine Schranken für die Bekämpfung von Umweltschadensverletzungen. Steinsberg befürchtete, dass den Behörden für rasche Betriebsbewilligungen zugunsten der Wirtschaft wertvolle Kapazitäten entzogen würden. Er riet der Schweiz, die Konvention nicht zu ratifizieren.

Die Zürcher FDP-Kantonsrätin Gabriela Winkler verwies auf die weitreichende Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungen über bestimmte Tätigkeiten. Kaum ein Wirtschaftszweig sei davon ausgenommen. Die der betroffenen Öffentlichkeit durch die Konvention an die Hand gegebenen Instrumente, welche Investitionsprojekte verhindern respek-

tive verzögern könnten, würden aus ihrer Sicht dem Standort Schweiz empfindlich schaden.

Konrad Hurni, Präsident des Initiativkomitees zur Einschränkung des Verbandsbeschwerderechts, sah in der Konvention eine massive Verschärfung des Verbandsbeschwerderechts. Die Konvention, insbesondere das darin gewährte umfassende Recht, welches den Umweltverbänden Europas unter gewissen, einfach zu erfüllenden Bedingungen den Zugang zu den Gerichten gewährt, werde im harten internationalen Wettbewerb zu Missbräuchen führen. Deshalb erachtete er das Zustandekommen der eidgenössischen Volksinitiative als zentrales, wichtiges Element, um die Ratifizierung der Aarhus-Konvention zu verhindern.

Die FDP-Volksinitiative ist auf gutem Weg – bereits sind 87 000 Unterschriften zusammengekommen. Damit die Ausfälle ungültiger Unterschriften aufgefangen werden können, müssen 115 000 Unterschriften gesammelt werden. Es braucht also noch einen starken gemeinsamen Schlusspurt ALLER Freisinnigen, um unser Ziel erreichen zu können!

Impressum

Schweizer Freisinn

27. Jahrgang
Erscheint monatlich in einer beglaubigten Auflage von 72 098 Exemplaren.

Herausgeberin/Redaktion

Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz
Redaktion: Nico Zila
Für die Kantonalseiten die jeweilige Kantonalpartei.
Postfach 6136, 3001 Bern
Telefon 031 320 35 35
Fax 031 320 35 00
E-Mail zila@fdp.ch
Internet www.fdp.ch

Inserate

TrisCom-Media AG
Bündtenstrasse 10
4410 Liestal
Telefon 061 926 93 33
Fax 061 926 93 30
E-Mail verkauf@triscorm.ch
Internet www.triscorm.ch

Layout/Druck

NZZ Print
Postfach, 8021 Zürich
Telefon 044 258 18 94
Fax 044 258 18 99
ISDN 044 773 11 15
(alle Protokolle)
E-Mail print@nzz.ch
Internet www.nzzprint.ch

www.wachstum.ch
www.croissance.ch

Volksinitiative der FDP auf gutem Weg

Sammelwochenende brachte wieder eine erfreuliche Zahl an Unterschriften



Viele positive Rückmeldungen aus der Bevölkerung an diesem Stand in Zürich.



Alain Schreiner (links) und Claudio della Giacoma fielen mit ihrem Sammelstand positiv auf.

Bilder: Julia Langegger

Initiativstarke Luzerner FDP

4166 Unterschriften an zwei Samstagen

Politologen messen die Schlagkraft einer Partei häufig an deren Initiativfähigkeit. An den beiden Samstagen vom 15. und 22. Oktober 2005 hat die FDP des Kantons Luzern an sechs verschiedenen Standorten für die FDP-Volksinitiative «Schluss mit der Verhinderungspolitik» ei-

nen Sondereinsatz geleistet und sage und schreibe 4166 Unterschriften gesammelt. Insgesamt standen 64 Personen im Einsatz. Die Anzahl der Unterschriften und die kurze Sammeldauer zeigen, dass echte Bedürfnisse der Menschen angesprochen wurden. Der Kontakt

mit der Bevölkerung führt auch immer zu sehr wichtigen Begegnungen, die für die Parteiarbeit äusserst wertvoll sind. Vor allem aber signalisiert eine Partei damit, dass sie die Anliegen und Sorgen der Menschen ernst nimmt! ■



Der Kontakt mit dem Volk ist das A und O für eine Partei.



Unterschriften sammeln heisst auch immer, beim Volk den Puls zu messen.

Angemessene Verschärfung des Asylrechts im Nationalrat

Missbrauch unseres Rechtsstaates gehört der Riegel geschoben

Leider ist in vielen Medienberichterstattungen über die im Nationalrat im Laufe der vergangenen Herbstsession beschlossene Revision des Asylgesetzes bloss rudimentär und vor allem schlagwortartig berichtet worden. Primär die immer wiederkehrenden Behauptungen von linksgrüner Seite, die vorgenommenen Änderungen seien inhuman, unliberal, verfassungs- und menschenrechtswidrig, beherrschten die Agenturberichte. Wie sieht die Revision nun aber tatsächlich aus?



Kurt Fluri

Von Kurt Fluri, Nationalrat und Stadtpräsident, Solothurn

Vorausgeschickt werden muss, dass zwar die Zahl der Asylsuchenden in letzter Zeit deutlich gesunken ist, der Vollzug von rechtsstaatlich erlassenen Entscheiden hingegen sehr oft Probleme macht. Zum Beispiel bei den Asylsuchenden aus Afrika südlich der Sahara, welche rund einen Drittel aller Gesuche ausmachen, ist der Vollzug der definitiven Ablehnung sehr schwierig geworden. Gründe dafür sind in der Regel fehlende Papiere sowie die passive oder gar aktive Verweigerungshaltung der Herkunftsländer der Asylsuchenden, welche offenbar über jeden Staatsangehörigen

gen froh sind, der nicht mehr zurückkehrt. Dazu kommt natürlich häufig eine nicht nur unkooperative, sondern geradezu intransigente Haltung der abgewiesenen Asylbewerber.

Leicht fälschbare Papiere reichen nicht mehr aus

Aus diesem Grund sollen neu an die Qualität der Papiere höhere Anforderungen gestellt werden, indem sie inskünftig eine zweifelsfreie Identifikation erlauben und später den tatsächlichen Vollzug der Wegweisung ermöglichen sollen. Die heute häufig gefälschten Fahrausweise, Schulzeugnisse usw. sollen nicht mehr ausreichen. Den gegen diese Massnahme geäusserten Vorbehalten stehen drei wichtige Ausnahmen entgegen, bei welchen dennoch auf ein Asylgesuch eingetreten werden muss: Wenn entschuldige Gründe für die Nichtabgabe von Papieren vorliegen, wenn aufgrund der Anhörung festgestellt werden

kann, dass eine Person die Flüchtlingseigenschaft erfüllt und wenn es sich als naheliegend erweist, dass zusätzliche Abklärungen nötig sind. Diese Gründe können auch noch im Beschwerdeverfahren geltend gemacht werden, womit die Anforderungen des Rechtsstaates eingehalten werden. In diesem Zusammenhang ist interessant zu erfahren, dass bereits heute die anerkannten Flüchtlinge zum grössten Teil ihre Papiere vorweisen, während im Gegenteil Personen, deren Asylgesuch abgelehnt wird, dies bloss selten tun (wollen). Es ist somit naheliegend, dass diese mit der Vernichtung oder Vorenthaltung ihrer Papiere ihre Wegweisung verzögern wollen.

Ausreise kann nicht mehr umgangen werden

Bereits während der Sondersession vom Mai 2004 sind seitens der FDP-Fraktion Anträge gestellt worden, welche eine Verlängerung der Haftdauer zur Erwirkung der Ausreise zum Ziel hatten. Dies hat der Ständerat nun nachgeholt, und wir sind ihm sehr gerne dabei gefolgt, die Vorbereitungszeit von 3 auf 6 Monate und die Ausschaffungshaft von 9 auf 18 Monate zu verlängern und neu eine Haft zur Durchsetzung gesetzlicher Verpflichtungen einzuführen. Diese kann erstmals für einen Monat angeordnet und spä-

ter bis zu 18 Monaten immer wieder verlängert werden. Wichtig ist aber zu wissen, dass alle drei Haftarten zusammen nicht mehr als zwei Jahre dauern dürfen. Auch diese Haftformen und -dauer sind verfassungs- und menschenrechtskonform, erlaubt doch die EMRK sie ausdrücklich, wenn sie zur Erzwingung zur Erfüllung einer gesetzlichen Verpflichtung notwendig sind. Oft ist es nämlich so, dass viele abgewiesene Asylbewerber die heutigen kürzeren Haftformen einfach aussitzen, um nach deren Ablauf wieder in die Freiheit entlassen zu werden.

Sehr umstritten war die Ausdehnung des Sozialhilfestopps auf Personen, die nach einem materiellen Asylverfahren endgültig abgewiesen worden sind. Nachdem sich die Bedenken der Gemeindeverbände, diese Leute würden in diesem Fall in die Kriminalität absinken, nicht plausibel nachweisen liessen, ist auch diese Massnahme akzeptiert worden. Die Relativierung des Anspruchs auf die verfassungsmässig garantierte Nothilfe ist von uns hingegen klar abgelehnt worden.

Gesetzesänderungen verhindern Missbräuche

Leider sind die Erfahrungen mit einem Teil der Asylbewerber derart schlecht, dass zu diesen erwähnten

und einigen weiteren Verschärfungen gegriffen werden muss. Heute lässt sich der Rechtsstaat sehr leicht an der Nase herumführen, und ein Rechtsstaat, der seine Entscheide nicht umsetzen kann, macht sich letztlich unglaubwürdig. Es liegt aber auch im Interesse aller anerkannten Flüchtlinge, dass diese Missbräuche abgestellt werden, um nicht vom heute negativ geprägten Bild der Asylbewerber generell erfasst und beeinträchtigt zu werden.

Leider hat die SP beschlossen, gegen diese Revision, welche letztlich lediglich eine Missbrauchsbekämpfung ist, das Referendum zu ergreifen. Im – meines Erachtens aussichtslosen – Referendumskampf ist nun damit zu rechnen, dass anhand von Einzelbeispielen die Diskussion recht gehässig und undifferenziert ausfallen wird. Das kann nicht im Interesse einer sachlichen Asyl- und Ausländerpolitik liegen.

Liberal sein heisst, den Rechtsstaat zu schützen

Uns ist bewusst, dass es sich bei diesem Geschäft um eine Anzahl repressiver und unangenehmer Massnahmen handelt. Leider aber ist der heutige Vollzugsnotstand Realität, und die mit den entsprechenden Sachgeschäften betrauten freisinnigen Exekutivmitglieder können davon ein Lied singen. Weiter ist es

Freisinnige Einbürgerungslösung

FDP-Vorschlag bringt Verfassung und Volkssouveränität in Einklang

Einbürgerungsentscheide sollen in der Schweiz fair und korrekt sein und den Verfassungsbestimmungen genügen. Dies bedeutet unter anderem, dass die Ablehnung einer Einbürgerung zu begründen ist. Ob der Einbürgerungsentscheid von einer mit dem Entsch eid beauftragten, politisch gewählten Kommission vorgenommen wird oder direkt vom Volk, soll in der Kompetenz der Kantone liegen. Diese Rege-

lung bietet die Parlamentarische Initiative zum Bürgerrechtsgesetz von FDP-Ständerat Thomas Pfisterer. Deshalb unterstützt die FDP-Fraktion diesen Vorstoss.

In immer mehr Kantonen und Gemeinden werden Einbürgerungsanträge durch vom Volk gewählte Kommissionen beurteilt. Ende September haben zum Beispiel die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger des Kantons Bern einen

entsprechenden Entscheid gefällt. Gemäss Parlamentarischer Initiative Pfisterer soll es aber auch weiterhin möglich sein, Einbürgerungsentscheide an der Urne zu fällen. Die genaue Regelung wird den Kantonen überlassen. Voraussetzung ist in jedem Fall, dass ein negativer Einbürgerungsentscheid begründet wird – unabhängig davon, welches Gremium den Entscheid vornimmt. Das Bundesgericht soll lediglich

prüfen können, ob das Verfahren korrekt abgelaufen ist oder nicht. Entscheide auf eine ordentliche Einbürgerung soll das Bundesgericht keine fällen.

Die parlamentarische Initiative Pfisterer führt so zu einem Einbürgerungsverfahren, das den Bestimmungen der Bundesverfassung und internationalen Rechtsnormen genügt und gleichzeitig die Volkssouveränität respektiert. ■

leider eine Realität, dass in der Öffentlichkeit und am viel zitierten Stammtisch die Diskussion über die Asylfrage in aller Regel sehr indifferenziert und gehässig abläuft, ja dass sie in eine generell xenophobe Haltung abzugleiten droht. Auch wenn sich die vorliegende Revision des Asylgesetzes nach Auffassung einzelner Freisinniger mit dem mit der neuen Strategie angestrebten Bild eines offenen und philanthropisch geprägten Freisinns nicht verträgt, so müssen wir doch anerkennen, dass es auch immer ein wichtiges Anliegen des Liberalismus war und ist, dem Rechtsstaat Nachachtung zu verschaffen. Zu diesem Zweck gilt es eben auch in diesem Fall, unangenehme Aufgaben anzupacken. Das tatsächliche Leben und diese Problemstellungen richten sich nicht nach der Strategie einer Partei aus, sondern diese hat vielmehr Antworten auf jene zu erteilen. ■

Bundesbeteiligung an Swisscom

Sichere Grundversorgung ist in jedem Fall gewährleistet

Die FDP begrüsst, dass der Bundesrat dem Parlament eine Vorlage unterbreiten wird, welche die Voraussetzungen für den Verzicht auf die Mehrheitsbeteiligung des Bundes an Swisscom beinhaltet. Die Grundversorgung bleibt auch ohne Mehrheitsbeteiligung der Eidgenossenschaft gewährleistet, weil in der Telekommunikation einerseits der Markt spielt und andererseits das Fernmeldegesetz die notwendigen gesetzlichen Grundlagen schafft. Der Bundesrat vollzieht mit dem heutigen Schritt, was die FDP bereits im Jahr 2000 gefordert hat.

Swisscom ist als Telekommunikationsunternehmen in einem dynamischen Markt tätig, der sich in den vergangenen Jahren deutlich verändert hat und der unternehmerische Risiken birgt – dies auch im Hinblick auf allfällige Beteiligungen der Swisscom an ausländischen Unternehmen. Im Sinne einer Risikoverminderung ist deshalb zu begrüssen, dass der Bund die Option erhält, die heutige Mehrheitsbeteiligung an Swisscom abzugeben. Damit würde auch die schwierige Doppelrolle des Bundes entfallen. Per Ge-

setz hat der Bund dafür zu sorgen, dass im Telekommunikationsmarkt Schweiz der Wettbewerb spielt. Ein funktionierender Markt führt zu tieferen Preisen und besseren Dienstleistungen für Konsumentinnen und Konsumenten. Als Hauptaktionärin der Swisscom hat die Eidgenossenschaft aber auch ein Interesse an einem möglichst hohen Unternehmensgewinn. Diese beiden Zielsetzungen können einander widersprechen.

Auch nach einer allfälligen Reduktion der Bundesbeteiligung an Swisscom ist



die Grundversorgung mit Telekommunikationsdienstleistungen in der Schweiz gewährleistet. Diese Grundversorgung wird nicht über die Mehrheitsbeteiligung des Bundes an der Swisscom sichergestellt, sondern ist bereits heute Bestandteil des Fernmeldegesetzes.

Mit dem nun erfolgten Schritt erfüllt der Bundesrat eine langjährige freisinnige Forderung. Die FDP hat bereits vor fünf Jahren mit einer Motion verlangt, dass der Bund die Voraussetzungen schaffen soll, um die Mehrheitsbeteiligung an Swisscom abgeben zu können. ■

Gefährliche Volksinitiative «Nationalbankgewinne für die AHV»

Eine unnötige und kontraproduktive Vorlage

Am 9. Oktober 2002 reichte ein SVP-nahes «Komitee für die Sicherheit der AHV» eine Volksinitiative mit dem verführerischen Titel «Nationalbankgewinne für die AHV» ein. Es verlangt eine Änderung der Verfassung in dem Sinne, dass vom Reingewinn der Nationalbank vorweg eine Milliarde Franken abgezogen wird, welche den Kantonen zugute kommen soll. Der restliche Nationalbankgewinn soll in den Ausgleichsfonds der AHV fließen.

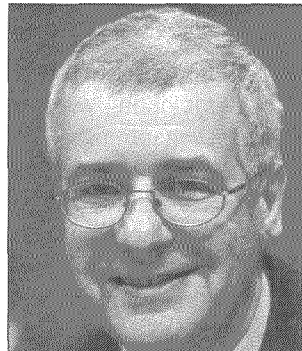
Von Hans Altherr, Ständerat,
Trogen AR

Nach der geltenden Verfassung steht der Nationalbankgewinn zu zwei Dritteln den Kantonen und zu einem Drittel dem Bund zu (Art. 99 Abs. 4 der Bundesverfassung). Aufgrund einer Vereinbarung zwischen dem Bund und der Nationalbank schüttet diese bis ins Jahr 2012 jährlich 2,5 Milliarden Franken an Gewinn aus. Ein Teil der Gewinnausschüttung wird dabei aus bisher angehäuften Überschussreserven stam-

men. Von der genannten Summe erhält der Bund einen Drittel, das sind 833 Millionen Franken. Sie fließen in die allgemeine Bundeskasse. Man nimmt an, dass die Gewinnausschüttung sich nach 2012 erheblich reduzieren wird, möglicherweise auf unter eine Milliarde Franken.

Die Auswirkungen der Initiative

Die Initianten wollen das System der Gewinnausschüttung der Nationalbank ändern. Der vorgeschlagene Verteilschlüssel mit einem summenmässig fi-



Hans Altherr

xierten Vorweganteil der Kantone würde sich zurzeit zugunsten des Bundes auswirken, langfristig aber wahrscheinlich eher zugunsten der Kantone. Bis ins Jahr 2012 flössen jährlich 1,5 Milliarden Franken in den AHV-Fonds, danach würde sich dieser Betrag schlagartig reduzieren, möglicherweise auf Null. Die AHV hat unbestrittenermassen ein Finanzierungsproblem. Dieses ist aber ein langfristiges und ist de-

mographisch wie konjunkturell bedingt. Die Initiative bringt dafür keine Lösung. Sie verschleiert nur das Problem und ist gefährlich, weil sie Politik und Bevölkerung in einer falschen Sicherheit wiegt.

AHV benötigt langfristige und berechenbare Lösung

«Kasselilösungen» sind überdies grundsätzlich abzulehnen. Die öffentlichen Hände sollen über möglichst zweckungebundene Einnahmen verfügen und diese damit dort einsetzen können, wo sie am dringendsten benötigt werden. Das kann durchaus bei der AHV sein – aber natürlich auch in ganz anderen Bereichen. Aus diesem Grund wäre die Annahme der Initiative kontraproduktiv. Sie wäre aber auch kontraproduktiv, weil für die AHV (und für die IV) langfristige Lösungen gesucht werden müssen und weil dafür Politik und Sozialpartner gemeinsam herausgefordert sind. Ein Paket lässt sich nicht leichter schnüren, wenn man zunächst ein paar Goldbarren hineinlegt und dann fragt, wer auch noch einen Beitrag leisten will. Schliesslich ist die Initiative auch deshalb kontraproduktiv, weil sie dem Bundeshaushalt bis 2012 Einnahmen von jährlich 833 Millionen Franken entziehen und weil sie für die Zeit danach eine unsachgemässe und ungerechte Ge-

winnverteilung vorschreiben würde.

Bundesanteil am Gold fließt bereits in die IV

Die Initiative wurde im Zusammenhang mit den endlosen Diskussionen über die Verwendung des Nationalbankgoldes eingereicht. Im September 2002 haben die Stimmberechtigten zwei Verwendungsvorschläge abgelehnt. Der eine, von der SP eingereicht, wollte die gesamten freien Goldreserven von über 20 Milliarden Franken dem AHV-Fonds gutschreiben. Bundesrat und Parlament hatten dem Volk einen Gegenvorschlag unterbreitet, nach welchem diese Reserven zu je einem Drittel der AHV, einer neuen Solidaritätsstiftung und den Kantonen hätten zukommen sollen. Nach der Ablehnung dieser beiden Vorschläge hat die Nationalbank die Reserven aufgrund der geltenden Verfassung zu zwei Dritteln den Kantonen und zu einem Drittel dem Bund überwiesen. Was der Bund mit seinen 7 Milliarden Franken macht, ist noch nicht definitiv entschieden. Sehr wahrscheinlich werden sie ein etwa gleich grosses Loch in der Invalidenversicherung stopfen und damit indirekt den AHV-Fonds entlasten. Die Initiative ist auch unter diesem Aspekt unnötig und muss wuchtig abgelehnt werden. ■



Noch ist die schweizerische Nationalbank von der Politik im Bundeshaus unabhängig. Die KOSA-Initiative würde dieses anerkannte und bewährte Prinzip stark aufweichen.

Bild: Daniel Rohr

Bildungstagung war ein Erfolg

FDP will eine intelligente Schweiz, die der Jugend Perspektiven bietet

Rund 200 Personen haben am 12. November an der FDP-Fachtagung «Die Bildungslandschaft im Wandel» in Winterthur die Zukunft des schweizerischen Bildungssystems diskutiert und die Harmonisierung des Bildungswesens gefordert. Bildung ist ein Schlüsselfaktor für eine erfolgreiche Schweiz. Die bildungspolitischen Rahmenbedingungen sind so zu gestalten, dass die sich bietenden Chancen genutzt werden können. Bildungs-

und forschungsfeindliche Projekte gilt es zu verhindern. Das heterogene Bildungssystem stellt eine grosse Gefahr für das schweizerische Bildungssystem dar. Die FDP strebt deshalb die Harmonisierung der Bildung in der Schweiz an. Nur so können eine Vergleichbarkeit hergestellt und die Qualität gesteigert werden. Dass Verbesserungen dringend notwendig sind, zeigte die PISA-Studie. Hervorragend ausgebildete Kinder

und Jugendliche sind die Basis für einen erfolgreichen Wirtschaftsstandort Schweiz. Eine offensive Bildungspolitik ist nicht nur für die Schweizer Wirtschaft von zentraler Bedeutung, sondern ist auch gesellschaftspolitisch wichtig. Bildung stellt einen wichtigen Bestandteil für die Integration Jugendlicher dar. In der Schule werden Kinder und Jugendliche in eine grössere Gruppe integriert, und sie erhalten wichtiges

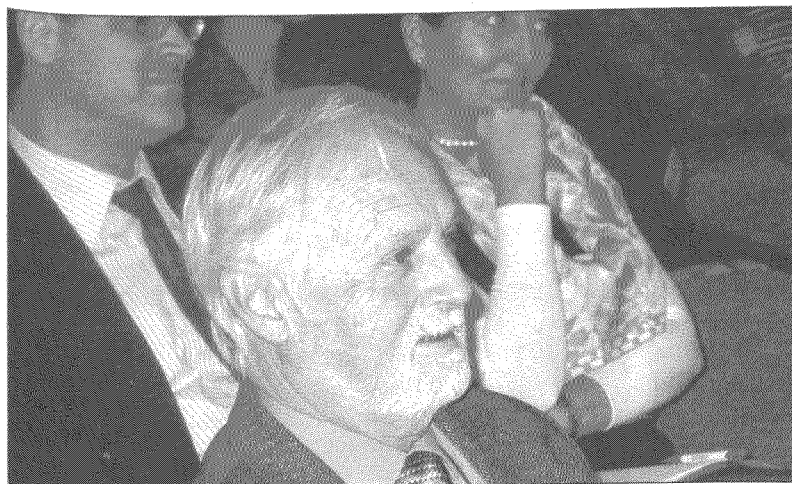
Rüstzeug, um in der Gesellschaft bestehen zu können. Was geschieht, wenn diese Integration scheitert, haben die Unruhen in Frankreich gezeigt. Solche Ausschreitungen werden unwahrscheinlicher, wenn die Jugendlichen dank Ausbildung echte Chancengleichheit und damit eine Perspektive erhalten. ■



Der Basler Nationalrat Johannes Randegger zeigte eine Zukunft für die Schweizer Universitäten aus freisinniger Sicht auf.



Bundesrat Pascal Couchepin und Nationalrat Markus Hutter stellten sich beim Apéro den Fragen der-Tagungsteilnehmer.



Auch der Winterthurer alt Nationalrat Erich Müller war im Publikum anzutreffen.



Die Diskussionen blieben bei weitem nicht nur auf das Podium beschränkt.

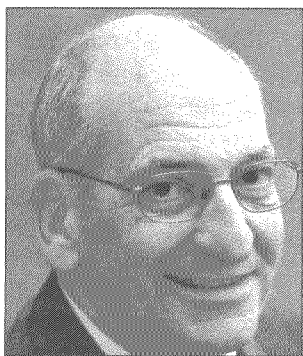
Bilder: Nadia Renou

Freisinn und Bildungspolitik

Rede von Bundesrat Pascal Couchepin an der Fachtagung in Winterthur

Freisinn und Bildungspolitik: Eine symbiotische Beziehung? Oder existiert heute ein distanzierendes Verhältnis? Was ist die Rolle des Staates im Bildungswesen? Was die Rolle der Lehrer? Was die Aufgaben jedes Einzelnen? Ich möchte in meinem Exposé diesen grundsätzlichen Fragen nachgehen.

Von Bundesrat Pascal Couchepin, Bern



Pascal Couchepin

Bildungspolitik hat für liberal denkende Menschen seit jeher eine herausragende Rolle gespielt. Sehr schnell haben die Freisinnigen erkannt, welche grosse Rolle die Bildung für ein Land mündiger Bürger spielt. Zentrales Ziel wurde die Ausweitung der Bildungschancen für alle: Die Volksschule war geboren. Die Heranbildung freier und mündiger Bürger erforderte die Öffnung des Bildungswesens für alle Schichten. Die Freisinnigen haben hierfür gesorgt.

Freisinn und Bildungspolitik heute

Erkennen die Freisinnigen heutzutage noch genügend, welche Bedeutung der Bildung für das Funktionieren der Gesellschaft zukommt? Haben sie eine zeitgemässe Antwort darauf, was Bildung im 21. Jahrhundert bedeutet?

A priori Ja. Die Bildungspolitik ist in den letzten Jahren wieder vermehrt ins Zentrum gerückt worden. Die Delegiertenversammlung letztes Jahr in Martigny oder auch das heutige Bildungsseminar zeugen davon. Haben wir auch bei den Bürgern und den direkt Betroffenen genügend klar

gemacht, wie wichtig uns Bildung ist und was uns in der Bildungspolitik von den anderen Parteien unterscheidet? Warum eigentlich wollen wir Bildungspolitik ins Zentrum der Politik setzen?

Bildungspolitik des Freisinns

Für den Freisinn ist die Bildungspolitik nicht einfach ein Politikbereich wie jeder andere. Bildungspolitik darf nicht den «sogenannten» Bildungspolitikern überlassen werden. Denn dann streiten wir über Zahlen, einzelne Forschungsprogramme oder über die Verteilung von Geld.

Bildungspolitik hat für uns Freisinnige einen ganz anderen Wert. Wir glauben als Liberale an die «lernende Gesellschaft», an den Fortschritt, an die Vernunft. Kein Bereich drückt diese Werthaltung besser aus als eben die Bildung. Auch

wenn Bildung wirtschaftlich relevant ist, ist sie für uns zuallererst Kerngehalt unserer Werte.

Liberale Bildungspolitik ist für uns Freisinnige quasi das konstituierende Element unserer Politik. Wir unterscheiden uns daher eindeutig von den anderen Parteien, was unsere Philosophie der Bildungspolitik anbelangt.

Der Freisinn unterscheidet sich von der Linken...

Zu unserer Linken haben wir eine Partei, die in Sachen Bildungspolitik zuallererst an Geld denkt. Eine Erhöhung der Kredite um 7% ist eine gute Bildungspolitik, eine Erhöhung um 5% eine schlechte Bildungspolitik. Geld in ineffiziente Kanäle zu stecken, hat aber keinen Sinn. Es braucht auch Effizienz im Bildungswesen.

Das grösste Unterscheidungsmerkmal ist aber, dass für die Linke die traditionelle Sozialpolitik eindeutig im Vordergrund steht. Es ist letztlich ihr Ziel, dass möglichst viele Menschen in Abhängigkeit vom Staat sind und sich nicht mehr aktiv um ihr eigenes Leben kümmern sollen. Sie wollen, real gesehen, möglichst viele Staatsrenten für möglichst viele Menschen. Das ist das Gegenteil dessen, was wir durch eine aktivierende Bildungspolitik anstreben.

Für uns ist Bildungspolitik Symbol einer anderen Sozialpolitik. Alles, was die

Menschen zu mündigen, selbstbewussten und eigenverantwortlichen Menschen macht, ist einem «Rentenleben» in Abhängigkeit vorzuziehen. Es ist besser, durch Bildung die Qualitäten jedes Menschen proaktiv zu fördern, als nachträglich mit Sozialrenten notdürftig dessen Defizite zu korrigieren.

... und auch von der Rechten

Zu unserer Rechten hingegen werden wichtige Grundsätze freisinniger Bildungspolitik über Bord geworfen. Alles, was der Integration dient, wird prinzipiell abgelehnt. Für wen aber das Misstrauen oder die Abgrenzung gegenüber dem «Ausländischen» konstituierend ist, spürt nicht mehr, welche soziale und integrative Funktion die Bildung zu erfüllen hat.

Wir wissen sehr wohl um den integrativen Charakter der Schule. Wir müssen hierzu Sorge tragen. Je differenzierter, je plurikultureller eine Gesellschaft, desto wichtiger wird die Schule als Grundsockel für alle. Umso wichtiger ist ein frü-

her Schulanfang. Umso wichtiger sind familienergänzende Angebote. Umso wichtiger wird auch eine lebenslange Bildung für alle. Der Staat kann hier durchaus eine subsidiäre Rolle spielen.

Als ich Gemeindepräsident in Martigny war, haben wir die Behinderten in die normalen Klassen integriert. Darauf bin ich noch heute stolz. Nach meiner Zeit wurden zusätzlich zwei Personen angestellt, die sich um die ankommenden ausländischen Familien kümmern. Sie gehen zu Ihnen, um mit Ihnen über die Integrationsmöglichkeiten zu diskutieren. Sie sprechen über das lokale Leben und über die in der Gemeinde ansässigen Vereine.

Bildungsgutscheine als soziales Instrument

Machen wir uns einige Gedanken über den integrativen Charakter der Schule! Wir sollten uns konkrete, liberale Vorschläge überlegen, wie die Rolle der Schule als «Schmelztiegel» ausgebaut werden könnte

Ich fasse zusammen:

Die FDP kann nicht Bildungspartei sein ohne regelmässige und enge Kontakte mit den Lehrenden, die eine grössere Wertschätzung für ihre immens wichtige Rolle verdienen.

Die FDP kann nicht Bildungspartei sein, ohne sich konkret und im Detail um die Integrationsfunktion der Schule zu bemühen.

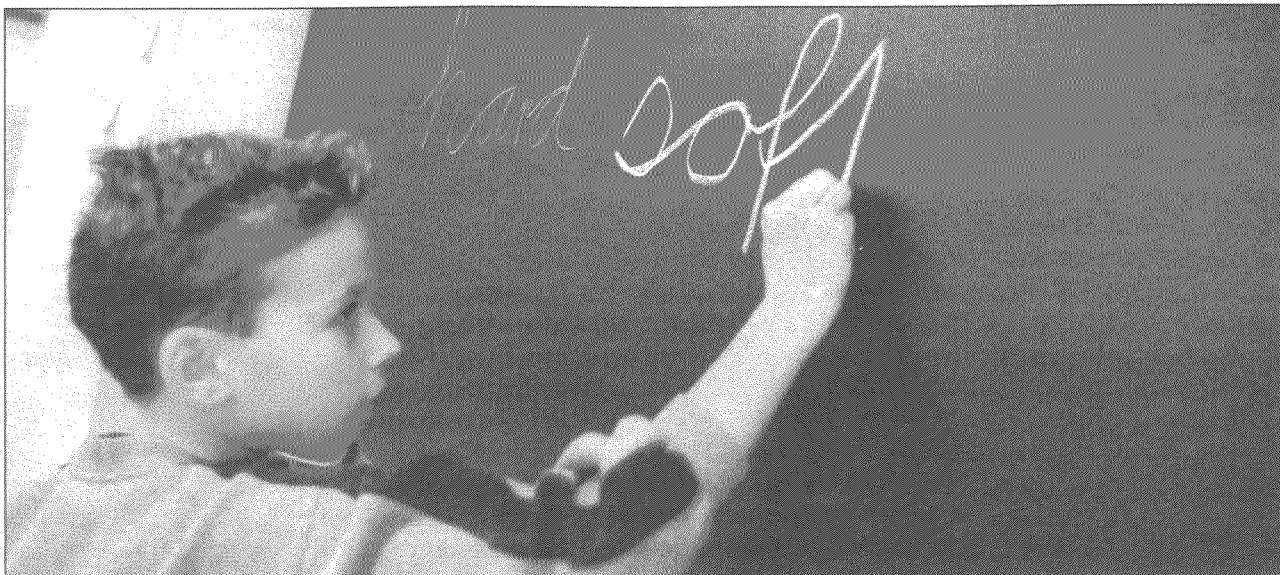
Die FDP kann nicht Bildungspartei sein, wenn sie nicht konsequent fundamentalistischem Gedankengut entgegentritt. Das beste Rezept gegen fundamentalistische Tendenzen ist die Bildung.

und so räumlichen und sozialen Segregationen entgegengewirkt werden kann.

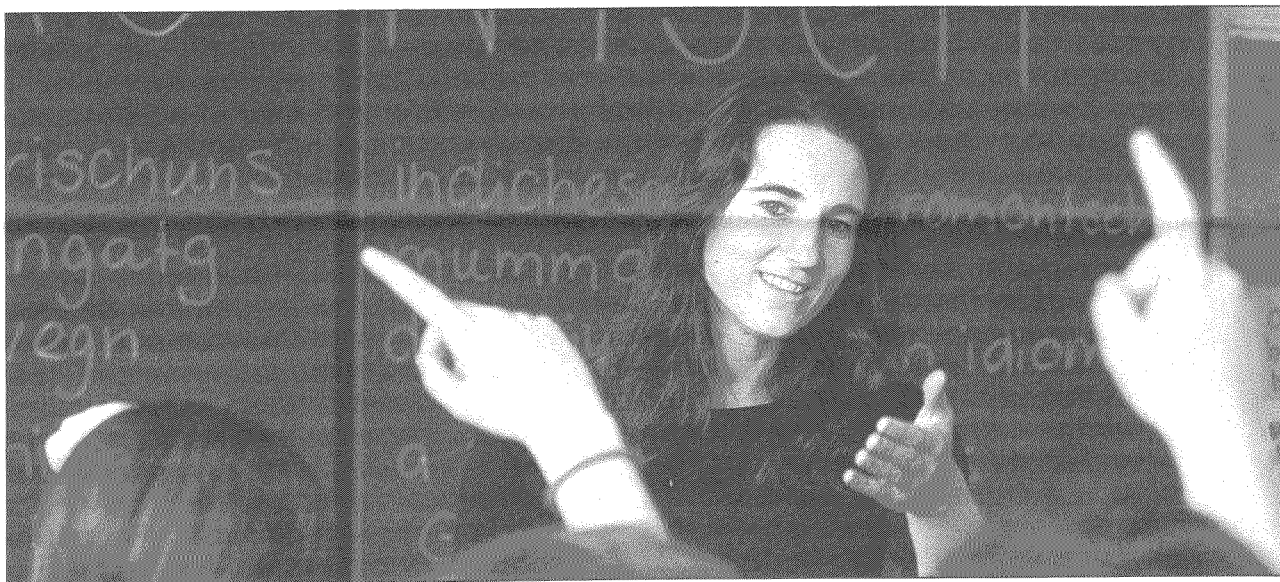
Haben wir schon genug Überlegungen angestellt über die soziale Funktion von Bildungsgutscheinen? Ist es abwegig zu denken, dass gerade damit schwächeren Schülern in schwierigen Quartieren der Besuch einer Schule in einem andern Quartier ermöglicht werden könnte?

Es gibt Modelle in dieser Richtung, die schon existieren, zum Beispiel in Schweden. Dort gibt es ein System mit Bildungsgutscheinen: Ein «Schulgeld» für jedes Kind im Schulalter und auch ein entsprechendes «Kinderhort-/Vorschulgeld» für Kleinkinder. Dieses Schulgeld wird von der Wohngemeinde des Kindes bezahlt und gilt für private und öffentliche Schulen, unabhängig vom Ort der Schule. Das besondere daran ist: Das Schulgeld ist ein garantierter Mindestbetrag für die Schulen. Es dürfen von den Privatschulen keine zusätzlichen Schulgelder von den Eltern verlangt werden. Auch andere Ertragsmöglichkeiten dürfen nicht ausgeschöpft werden. So entsteht ein echter Wettbewerb.

Schweden ist nicht die Schweiz. Aber wäre es nicht vorstellbar, dass beispielsweise einer gewissen Anzahl Schülern aus besonders schwierigen Verhältnissen ermöglicht würde, die Schule mit Hilfe von Schulinspektoren frei zu wählen? Ist es abwegig, sich vorzustellen, dass mittelfristig sogar alle Eltern zwischen verschiedenen öffentlichen Schulen auswählen könnten? Wir können sicher nachfolgend bei der Diskussion



Motivierte Schulkinder...



... und motivierte Lehrpersonen: So sieht freisinnige Bildungspolitik aus.

Bilder: Keystone

über solche Modelle diskutieren.

Die Lehrenden, der Staat und die FDP

Eine weitere Frage beschäftigt mich. Werden wir unserem eigenen Ziel als die «Bildungspartei» gerecht, solange wir nicht einen sehr engen Kontakt mit den Lehrenden pflegen?

Warum haben wir eigentlich in den letzten Jahrzehnten oft die Unterstützung der Lehrenden verloren? Hat-

ten wir nicht mehr genug deutlich gemacht, wie eng für uns Liberalismus und Bildungspolitik zusammenhängen?

Vielleicht haben wir uns zu oft der Finanz- und Wirtschaftspolitik gewidmet, wo «weniger Staat» effektiv ein wichtiger liberaler Grundsatz ist. Wir haben dabei vielleicht vergessen zu kommunizieren, dass aus liberaler Sicht gerade in der Bildungspolitik der Staat eine herausragende Rolle spielt

und auch spielen muss. Es wird vielfach zu wenig herausgestrichen, welche wichtige Rolle die Lehrenden für den Bestand der Gesellschaft und für die Übermittlung der Kultur spielen. Ich glaube, diese fühlen sich heute weniger materiell als in ihrer Würde vernachlässigt. Die Aufgabe des Staates ist es nicht, in erster Linie Institutionen zu «besitzen» oder alles zu «kontrollieren». Aber er muss ein Ge-

währleistungsstaat sein. Er soll Bildung für alle ermöglichen. Er soll für «eine möglichst grosse Chancengleichheit» sorgen, so wie es auch unsere Verfassung in Artikel 2 postuliert.

Es freut mich in dieser Hinsicht, dass das neue Strategiepapier die Bildungspolitik wieder ins Zentrum rückt. Es bleibt die Aufgabe, dieses Ziel zu konkretisieren und vor allem auch glaubwürdig zu vermitteln. ■

Eine Schweiz in Bewegung – Eine erfolgreiche Schweiz

Ihre Statements zählen!

Was bedeuten für Sie Freiheit, Verantwortung, Toleranz, Glück, Erfolg? Was ist für Sie die Schweiz? Warum sind Sie liberal? Machen Sie Ihre Meinung öffentlich und nehmen Sie an der Wertedebatte der FDP teil.

Auf der Internetseite www.wirliberalen.ch können Sie Ihr persönliches Statement abgeben und sich über die FDP-Strategie informieren.



«Liberal heisst: Mehr Lebenslust – weniger Staatsfrust!»

Anita Simioni-Dahm

«Gerechtigkeit bedeutet für mich, dass die sozialen Werke der Schweiz auch für zukünftige Generationen erhalten werden.»

Vedran Berke

«Verantwortung ist für mich das Gegenteil von Gleichgültigkeit.»

Lena Schneller

«Ich bin liberal, weil der Staat sich nach dem Menschen richten muss – und nicht umgekehrt.»

David Ruprecht

«Ich bin liberal, weil ich für eine moderne Familienpolitik bin, ohne rot zu werden.»

Vivian Gloor

«Liberal denken heisst für mich, optimistisch die Zukunft gestalten.»

Christian Marti-Hauser

«Ich bin liberal, weil ich den Menschen und seine Würde gleich welcher Hautfarbe und Nationalität respektiere.»

Beat Leimgruber

«Ich bin liberal, weil Freiheit das Fundament einer modernen, vielfältigen und innovativen Gesellschaft ist.»

Alain Schreiner

«Ich bin liberal, weil meine Verantwortung Teil meiner Freiheit ist.»

Jean-François Mayoraz



«Liberal denken und handeln heisst für mich, mich aktiv und an vorderster Front für die Welt, in der wir leben, einzusetzen und sie mitzugestalten. Lieber selber handeln und nicht auf die Leistungen der anderen warten und diese nur entgegennehmen.»

Christian Amsler

«Ich bin liberal, weil ich offen bin für Neues.»

Regula Hitz



«KMU-next» und «kmufinance Plus»

Ein Verein und eine Stiftung im Dienste der KMU-Nachfolge

Zwei neu gegründete Organisationen haben es sich zum Ziel gesetzt, Unternehmerinnen und Unternehmer bei Fragen rund um KMU-Nachfolgen zu unterstützen. Der Verein «KMU-next» bietet einen Marktplatz für Unternehmer und ihre möglichen Nachfolger. Die Stiftung «kmufinance Plus» will KMU in der Schweiz mit gezielten Finanzierungen unterstützen. Dabei liegt der Fokus auf der Finanzierung von Nachfolgeregelungen. Beiden Organisationen darf ich als Präsident vorstehen.

Von Otto Ineichen,
Nationalrat, Sursee LU

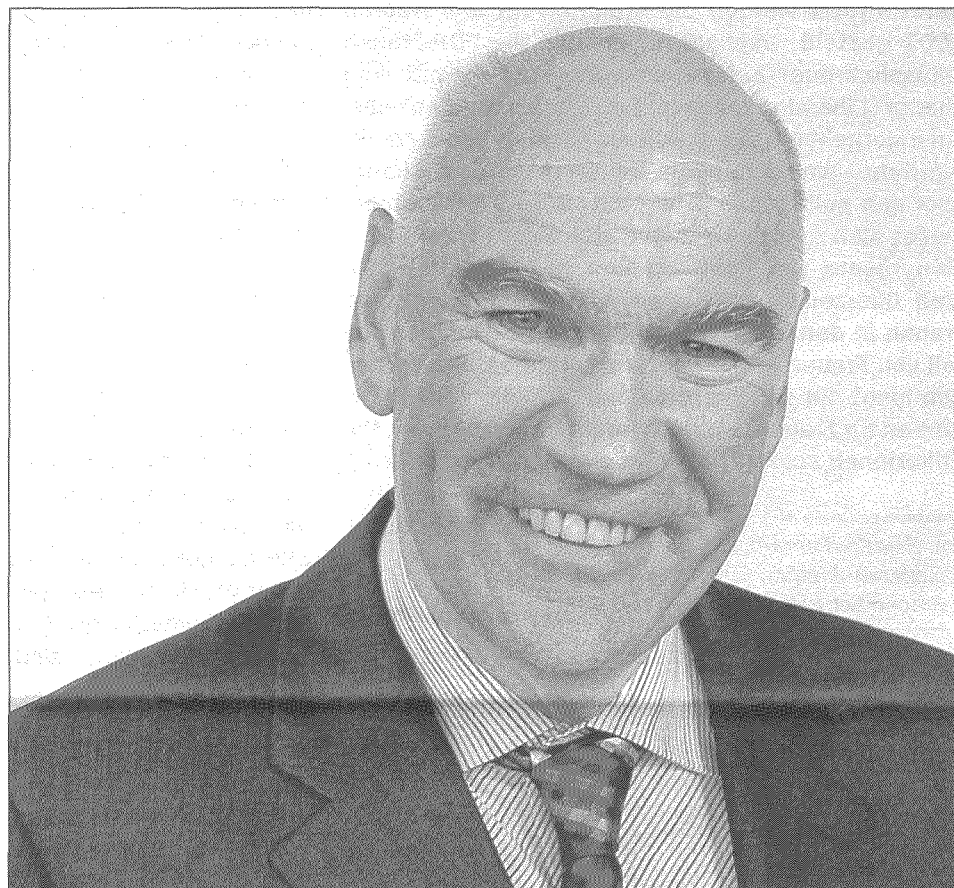
«KMU-next» – der Marktplatz für KMU-Nachfolgen (www.kmu-next.ch)

Rund 57 000 kleine und mittlere Unternehmen (KMU) müssen in den nächsten fünf Jahren ihre Nachfolge regeln. Dies tangiert rund 450 000 Arbeitsplätze. Eine bedrohliche Tendenz ist, dass Unternehmensübertragungen innerhalb der Familie stark im Abnehmen begriffen sind. Bei jeder zweiten Nachfolgeregelung muss der neue Inhaber ausserhalb der Familie gefunden werden, was in allen Belangen schwieriger zu realisieren ist als eine familieninterne Nachfolge. Die Praxis zeigt, dass mangelnde Sensibilisierung und Informationsdefizite häufig eine erfolgreiche Lösung verhindern. Um Information und Markttransparenz zur Unternehmensnachfolge zu verbessern, hat der Verein «KMU-next», unterstützt vom Staatssekretariat für Wirtschaft seco, eine Internetplattform aufgebaut. Sie dient als Treffpunkt für alle Unternehmer und Unter-

nehmerinnen, welche eine KMU übertragen oder übernehmen wollen. Weiter unterstützt «KMU-next» Studien und Veranstaltungen und setzt sich aktiv mit parlamentarischen Vorstössen und Publikationen für die Verbesserung von steuerlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen auseinander. Mittlerweile ist «KMU-next» für Behörden und Verbände ein anerkannter Gesprächspartner in Fragen der KMU-Nachfolge. Da lediglich eine Netzwerkplattform betrieben wird, werden weder Treuhänder noch Unternehmensberater konkurrenziert.

«kmufinance Plus» – die etwas andere Finanzierung (www.kmufinanceplus.ch)

Die Stiftung «kmufinance Plus» will bestehende KMU-Betriebe mit gezielten Finanzierungen speziell bei Nachfolgeregelungen unterstützen. Mitbegründer sind die Nationalräte Otto Ineichen, Johannes Schneider-Ammann und Peter Spuhler sowie die Kantonalbanken von Glarus, Thurgau, Nidwalden und die Treuhandgesellschaft BDO Visura. Weitere Banken und Firmen haben ihr Interesse signali-



Otto Ineichen

siert. «kmufinance Plus» konkurrenziert die herkömmliche Finanzierung nicht, sondern ergänzt und komplementiert diese sinnvoll.

Die neue Stiftung «kmufinance Plus» verfügt bereits über ein Stiftungskapital in zweistelliger Millionenhöhe. Ein Engagement durch die neue Stiftung kann zwischen 200 000 und 3 Mio. Franken betragen.

Von der neuen Stiftung sollen vor allem mittelständische Unternehmen aus altherkömmlichen Branchen («Old Economy») profitieren können. Diese haben oft Mühe, die nötige Finanzierung für Wachstums-

projekte oder Nachfolgeregelungen zu beschaffen. Die veränderten Rahmenbedingungen verlangen nach neuen Finanzierungsformen für KMU. Im Vordergrund stehen «mezzanine» und «partiarische Darlehen» zur Nachfolge- oder Wachstumsfinanzierung mit einer Laufzeit von maximal 8 Jahren. Diese gelten rechtlich als Fremdkapital, wirtschaftlich jedoch als Eigenkapital. Obwohl die Eigenkapitalquote steigt, muss das Unternehmen die Führung nicht mit Investoren teilen. Für ein Engagement der «kmufinance Plus» müssen folgende Bedingungen erfüllt sein:

- plausibles Business-Modell
- etabliertes Unternehmen (mindestens 3 Jahre auf dem Markt)
- marktfähige Produkte oder Dienstleistungen mit klar erkennbaren USP (Unique Selling Propositions)
- Management-Team mit nachgewiesener Erfahrung
- Finanzplan mit positivem Cashflow

Detailliertere Auskunft gibt die Website www.kmufinanceplus.ch.

Liberales Frauen im Spiegel der Medien

Spannende 2. Netzwerkveranstaltung der FDP-Frauen Schweiz

Bereits jetzt werden die Weichen für die Wahlen 2007 gestellt. Deshalb haben sich die FDP-Frauen anlässlich ihrer 2. Netzwerkveranstaltung mit dem Thema «Liberales Frauen im Spiegel der Medien» auseinandergesetzt. Die durch die Medien geprägte öffentliche Wahrnehmung bestimmt entscheidend über den politischen Erfolg mit. Die FDP-Frauen haben es sich zum Ziel gesetzt, sich aktiv für mehr Medienpräsenz von Politikerinnen zu engagieren. Sie sind überzeugt, dass eine stärkere Präsenz von Frauen in den Medien dazu beitragen wird, den Anteil von Frauen in der Politik zu erhöhen. Sie verlangen nicht nur von Parteien und Medien mehr Plattformen für Frauen, sondern fordern auch von den Politikerinnen selbst mehr Mut zur Medienpräsenz.

Von Barbara Perriard,
Generalsekretärin FDP-
Frauen Schweiz, Köniz BE

«Journalists are like crocodiles: you don't have to like them, but you have to feed them.» Mit diesem provokativen Statement des ehemaligen amerikanischen Verteidigungsministers William Perry eröffnete Regierungsrätin Marianne Dürst

die 2. Netzwerkveranstaltung der FDP-Frauen.

Von der Wahrnehmung zum Erfolg

Die Frage, ob Medienschaffende auch in ihren Augen wie Krokodile seien, liess Marianne Dürst zwar offen. Klar machte die Präsidentin allerdings, wieso sie gerade das Thema «Liberales Frauen im Spiegel der Medien» auf die Agenda der

freisinnigen Frauen setzte: Auf dem Weg zur Chancengleichheit sind das Wissen um die Rolle, den Einfluss und die Wirkungsweise der Medien zentral, denn die öffentliche Wahrnehmung bestimmt entscheidend über den politischen Erfolg mit. Frauen darf es deshalb keinesfalls gleichgültig sein, ob und vor allem wie sie in den Medien präsent sind.

Die Studie «Medien, Politik und Geschlecht» der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen und der SRG hat den Frauenaspekt in der Wahlkampfberichterstattung untersucht. Die Schlussfolgerungen sind ebenso deutlich wie alarmierend: Die Frauenpräsenz ist im Jahr 2003 (von wenigen Ausnahmen abgesehen) im Vergleich zu den Wahlen 1999 gesunken. Marianne Dürst setzte es sich zu Beginn der zweiten Hälfte der Legislaturperi-

ode, wo die Weichen für die Wahlen 2007 gestellt werden, zum Ziel, diesen Umstand nicht einfach zu beklagen, sondern sich zusammen mit der FDP und den freisinnigen Frauen aktiv für mehr Medienpräsenz von Politikerinnen einzusetzen.

Aufforderung an Partei und Medien

Marianne Dürst forderte die Parteien auf, gezielt Plattformen für Frauen zu schaffen. Sie würdigte die FDP-Strategie «Die Schweiz in Bewegung» als entsprechendes Beispiel. Nachdem die Frauen die Positionierung bereits massgeblich mitgeprägt haben, setzt Fulvio Pelli nun alles daran, dass auch Frauen entscheidend an der Umsetzung beteiligt sind. Genau diese bewusst geschaffene Möglichkeit, an prominenter Stelle Verantwortung zu

übernehmen und gestützt darauf auch das eigene Profil zu schärfen, ist der beste Schritt hin zur Chancengleichheit.

Die Glarner Regierungsrätin lancierte zudem einen Appell an die Medien, der Präsenz von Frauen und Frauenanliegen in der politischen Berichterstattung sowohl in quantitativer als auch qualitativer Hinsicht bewusster Rechnung zu tragen. Die Medien, so führte sie aus, müssen sich ihrer grossen Verantwortung im politischen Prozess permanent bewusst sein. Den Medien komme im Informationszeitalter eine grössere Bedeutung denn je zu. Sie seien nicht nur ein Teil der Gesellschaft, sondern gleichzeitig auch ein Spiegelbild derselben. Manche gingen sogar so weit, von der vierten Gewalt im Staat zu sprechen. Die Produkte der Medien und ihrer Ma-



Freisinnige Frauen aus der ganzen Schweiz wollten sich informieren und vernetzen.

cher seien Ausdruck des gesellschaftlichen Wandels und die Antwort auf neu entstandene Kommunikationsbedürfnisse. Durch die fortschreitende Monopolisierung seien es je länger, desto weniger Verlagshäuser, welche die Meinung in unserem Land beeinflussen und entscheidend mitbestimmen. Die zunehmende Verflechtung von Zeitungen, Fernsehen, Radio und neuerdings auch Internet in einzelnen wenigen Medienkonzernen führe langfristig zu bedenklichen, wenn nicht gar gefährlichen Machtkonzentrationen. Gerade als Politikerin, aber auch als Medienkonsumentin wünsche sie sich seriöser und sauberer Journalismus. Auch dafür gebe es einen Markt, hob Marianne Dürst hervor.

Mehr Mut zur Medienpräsenz

Marianne Dürst unterstrich in aller Deutlichkeit, dass Verantwortung aber nicht heisse, dass die Medien für alles verantwortlich sind. Viele machen es sich zu einfach, indem sie behaupten, die Medien seien schuld. In diesem Sinne nahm die Präsidentin denn auch «ihre Frauen» in die Pflicht und forderte von den Politikerinnen, aktiver zu sein und mehr Mut zur Medienpräsenz zu entwickeln. Es liege auch an den Frauen selber, ihre Interessen wahrzunehmen, diese öffentlich zu verfechten und via Massenmedien publik zu machen. Der Kontakt mit den Medien sei zwar mit Risiken verbunden. Aber wer die Kommunikation vernachlässige, vergeblich in erster Linie eine Chance. Marianne Dürst zeigte sich überzeugt, dass eine stär-



Auch Nationalrätin Martine Brunshawig Graf (LPS/GE) und Andrea Fischer («Tages-Anzeiger») berichteten von ihren Erfahrungen.

kere Präsenz von Frauen in den Medien mit dazu beitragen werde, den Anteil von Frauen in der Politik zu erhöhen.

Prominente Tipps

Konkrete Tipps im Umgang mit den Medien bekamen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer schliesslich von erfahrenen Medienschaffenden, Medienfachleuten und «felderproben» Politikerinnen mit auf den Weg. Die künftige Waadtländer Nationalrätin Isabelle Morret sowie die Berner Nationalrätin Christa Markwalder Bär ermutigten die Frauen, gezielt Kontakte zu Journalistinnen und Journalisten aufzubauen, präsent und erreichbar zu sein, am Ball zu bleiben und auch vermeintlich kleine Gelegenheiten am Schopf zu packen. Sie warnten aber auch davor, sich in die Schublade der jungen und unverbrauchten Hoffnungsträgerin stecken zu lassen. Die Gefahr, binnen kurzer Zeit in manchmal zweifelhaften Rankings als Enttäuschung geführt zu werden, sei gross.

Eine mutigere und offensivere Kommunikation wünschte sich der langjäh-

rige NZZ-Journalist und heutige Berater René Zeller. Viele freisinnige Frauen seien häufig zu konziliant. Sie dürften durchaus pointierter und frecher auftreten. Die Genfer Regierungsrätin und Nationalrätin Martine Brunshawig Graf wehrte sich dagegen, Politik als Infotainment zu betreiben und komplexe Sachverhalte auf Schwarz-Weiss zu reduzieren. Aus langjähriger Erfahrung weiss die LPS-Politikerin, dass die Medien keine ellenlangen Ausführungen wollen. Die Kunst besteht darin, eine präzise und falls nötig auch differenzierte Aussage in ein kurzes Statement zu packen.

Andrea Fischer vom «Tages-Anzeiger» berichtete schliesslich vom Redaktionsalltag. Häufig sei man angesichts geringer Ressourcen genötigt, die immer gleichen Exponentinnen oder Exponenten zu einem Thema zu befragen. Dabei kommen dann meist jene zum Zug, die sich nicht nur kompetent, sondern eben auch prägnant zu einem Thema äussern. Sie verstehe ihre Arbeit nicht als Einbahnstrasse. Es sei wichtig, dass Informationen



Journalist und Berater René Zeller (mit Marianne Dürst) wünscht sich frechere freisinnige Frauen!



Tipps und Tricks von Medientrainer Max Lüthi.

nicht immer nur erfragt, sondern eben auch an einen herangetragen werden.

Man lernt nie aus

Im Wissen darum, dass vieles einfacher gesagt als getan ist, wies Marianne Dürst zum Schluss darauf hin, wie wichtig es sei, die Herausforderung anzunehmen. Politikerinnen dürfen nicht zum Spielball der Medien werden, sondern sollen das Spiel mitspielen. Auch Medienleute kochen nur mit Wasser. Man dürfe aber nicht dem Irrtum verfallen, man könne die Medien manipulieren, instrumentalisieren oder diese

gar kontrollieren. Vielmehr empfahl sie, die unterschiedlichen Rollen zu respektieren und im Zweifelsfall eine professionelle Distanz zu wahren. Auf Fairplay zu pochen, sei das Recht jeder Politikerin. Und ganz wichtig: Sie forderte die freisinnigen Frauen auf, auch im Umgang mit den Medien jederzeit sich selbst zu bleiben. Nicht mehr, aber auch nicht weniger. ■

Die Schweiz und Europa

Rückblick auf die Tagung der Arbeitsgruppe Internationales

Anlässlich der Tagung der Arbeitsgruppe Internationales (AGI) versammelten sich Mitte November zwei Dutzend Jungfreisinnige zusammen mit zwei Jungliberalen aus Deutschland in Winterthur und diskutierten mit Experten über Gestaltungsmöglichkeiten in der Beziehung Schweiz-Europa.

Von Adrian Ineichen,
International Officer jfs,
Wohlen AG

Nach Henri Gétaz, stv. Chef des Integrationsbüros von EDA und EVD, werden aufgrund der Bundesratsklausur vom 26. Oktober 2005 fünf Optionen (Status quo, weiterer Bilateralismus, EWR, partielle Integration, Beitritt zur EU) sowie die Frage eines diffusen Rahmenabkommens im Verhältnis zur EU geprüft, die dann in einem Europabericht im Juni 2006 beurteilt werden. Primär wären die Dossiers Strom/Energie, Galileo, AOC, Gesundheit und das Zollverfahren mögliche Themen für eine weitere bilaterale Runde. Er mahnte, dass die Schweiz wegen angeblich unsauberer «Steuerrabatten» in mittlerer Zukunft von der EU unter Druck kommen könnte. Heute würde nach Wegengesucht, den Schwei-

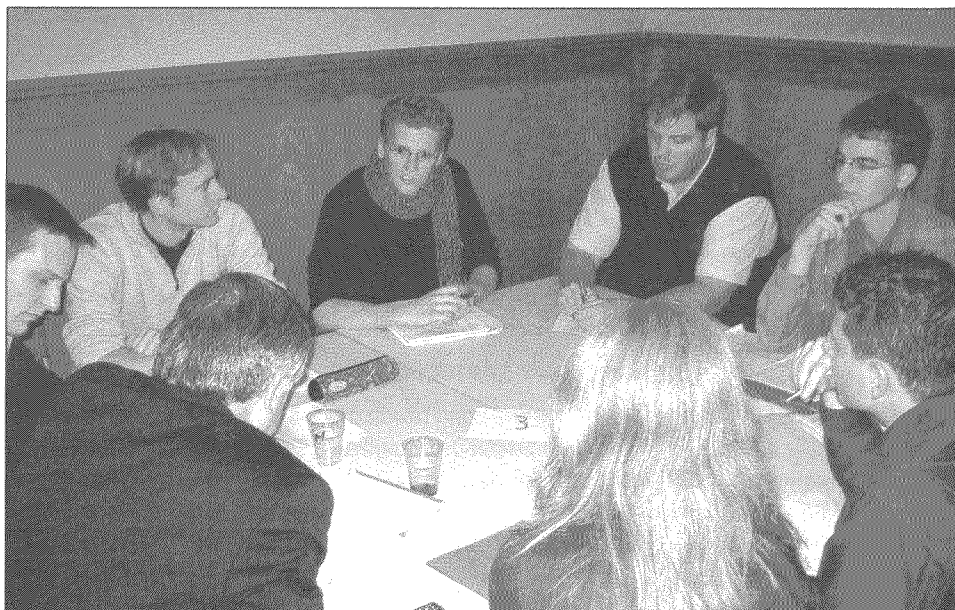
zer Beitrag für den Kohäsionsfonds möglichst nachhaltig zu nutzen, wobei die Ausschüttungskriterien noch unklar sind. Als kleine Revolution wertete Gétaz die Herabstufung eines Beitritts vom Ziel des Bundesrates zu lediglich einer Option.

Für economiesuisse ist der bilaterale Weg vorzuziehen

Peter Flückiger von der economiesuisse bewertete die fünf Optionen und beurteilte den bilateralen Weg als einzig gangbaren, wenn auch risikoreichen (Guillotineklausel). Ein Beitritt wäre jedoch ökonomisch und politisch weniger sinnvoll (Kosten für die Schweiz: 3 bis 4 Mrd. Franken jährlich als Nettozahler). Nun seien Erfahrungen mit den Bilateralen zu sammeln, ehe man weitergehe. Die Schweiz solle stattdessen interne Reformen (Strom-/Postliberalisierung) durchführen und sich via WTO oder mittels bilateraler Freihandelsabkommen mit anderen Ländern global ausrichten.

Die jungfreisinnigen wägen nüchtern ab

Professor Daniel Thürer von der Universität Zürich forderte mehr pluralistisches Denken. Er schlug unter anderem kreativ eine multina-



Eine der angeregten jungfreisinnigen Diskussionsrunden an der Tagung.

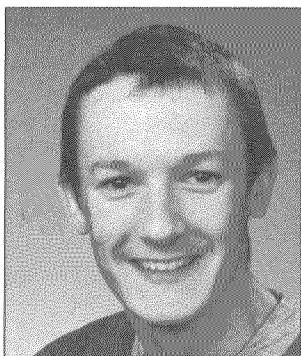


Interessierte Zuhörerinnen und Zuhörer.

tionale Volksabstimmung als eine Identifikationsklammer für die EU vor. Für ihn zeichnet sich in Zukunft noch mehr ein Europa der verschiedenen Integrationsgeschwindigkeiten ab, während Beat Gygi (NZZ) primär ein vollkommener europäischer Binnenmarkt

vorschwebt ohne die seit dem Ende der 1980er Jahre in der EU festgesetzten Umverteilungsregulierungen. Kontrovers wurde diskutiert, ob die Schweiz dringende Reformen selber durchführen kann oder ob ein EU-Beitritt der Schweiz als Reformmotor dienen

könnte. Klar ist, dass die jungfreisinnigen alle Optionen im Auge behalten werden und jene mit dem grössten Mehrwert verfolgen möchten. Aktuell ist dies der bilaterale Weg. Und in Zukunft? ■

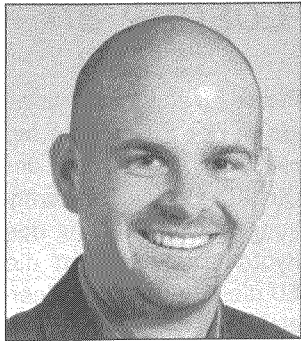


Adrian Ineichen

Wie viel ist Ihnen die Zukunft des «Freisinns» wert?

Das Projekt «le club» setzt ein Zeichen

Von Bernhard Bichsel,
Vorstandsmitglied jfs,
Köniz BE



Bernhard Bichsel

Die Idee von «le club» entstand am 75-Jahr-Jubiläum der jungfreisinnigen schweiz (jfs). Wie gelingt es, das Wissen in der jungen dynamischen Partei zu behalten? Wie können wir junge Freisinnige mit Ambitionen gezielt fördern? Anhand solcher Fragen entstand die Idee eines Ehemaligen-Vereins. Die Liste von Persönlichkeiten, welche ehemals jungfreisinnig waren, ist lang und wird hoffentlich noch viel länger.

Was ist «le club»?

«le club» schafft nun optimale Bedingungen, denn er ist ein Verein, der dafür sorgt, dass Wissen und Erfahrung Jungen zugänglich gemacht wird. Er stellt zudem finanzielle Mittel für gezielte Förderung von jungfreisinnigen und deren Ideen bereit. «le club» hat sich während des Aufbaus zu mehr als nur einem Club der Ehemaligen gemauert. Er steht heute allen Leuten offen, denen die Zukunft des Freisinns etwas wert ist. Trifft dies auf Sie zu? Zögern Sie nicht und werden Sie Mitglied.

So funktioniert!

Als Mitglied von «le club» haben Sie die Möglichkeit,

Ihr Wissen an die junge Generation weiterzugeben, alte Bekanntschaften aufzufrischen und neue Bekanntschaften zu knüpfen. Sie unterstützen mit einer Mitgliedschaft junge motivierte Menschen bei deren Zielen und Visionen. «le club» arbeitet projektbezogen. Der Vorstand der jungfreisinnigen schweiz entscheidet jeweils, was in welcher Form unterstützt wird. Wer weiss besser als die Jungen, wo der Nachwuchsförderung Geld fehlt? Wer Eigenverantwortung propagiert, muss auch ermöglichen, dass diese wahrgenommen werden kann.

Wie kann ich mithelfen?

Haben Sie Mut und bekennen Sie sich klar zum Freisinn, wie dies schweizweit über 4000 junge Menschen tun. Investieren Sie in die Zukunft des Freisinns und unterstützen Sie das Projekt «le club», indem Sie Mitglied werden! ■

Anmeldung und Kontakt

Online-Anmeldung unter
www.jungfreisinnige.ch/leclub.109.0.html
Kontakt: Bernhard Bichsel
(leclub@jungfreisinnige.ch oder 079 560 66 85)

Kurz und bündig

Perspektive Schweiz – Die zweite Umfragerunde

Unter www.perspektive-schweiz.ch läuft momentan die zweite Umfragerunde zur Zukunft der Schweiz. Alle Bürgerinnen und Bürger sind eingeladen, sich zu Themen wie Gleichberechtigung, Regionalpolitik, Familienpolitik und vielem mehr zu äussern. Das Umfrageprojekt arbeitet unter Beteiligung von jungfreisinnigen Mitgliedern. Wir können eine Teilnahme bestens empfehlen!

jfs begrüßen Senkung des BVG-Umwandlungssatzes

Die jungfreisinnigen schweiz begrüßen den Entscheid des Bundesrates, den Umwandlungssatz der Pensionskassenrenten bereits im Jahr 2008 zu senken. Das mangelhafte Anpassungstempo geht jedoch auf Kosten der jungen Generation.

Seit 2003 fordern die jungfreisinnigen schweiz die Anpassung dieses willkürlichen Satzes an die realen Verhältnisse. Aufgrund der gestiegenen Lebenserwartung müssen einige Pensionskassen heute jährlich Renten ausbezahlen, welche zehn Prozent zu hoch sind. Diese Gelder werden auf Kosten der nachfolgenden Generationen bezogen, welche ohnehin schon für die Misswirtschaft von AHV und IV werden aufkommen müssen. Die Reaktion des Bundesrates kommt leider sehr spät und geht zu wenig weit. Bei

den aktuellen Verhältnissen wäre selbst eine sofortige Senkung des Umwandlungssatzes auf die für 2011 angestrebten 6,4% noch zu wenig.

Damit in Zukunft politisch wünschbare und volkswirtschaftlich realistische Sätze nicht mehr derart auseinanderklaffen, fordern wir eine Koppelung des Umwandlungssatzes an statistische Fakten (z. B. an die Lebenserwartung). Damit wir Jungen nicht permanent über den Tisch gezogen werden, müssen solche weit reichenden Entscheidungen objektiviert werden und dürfen nicht von der politischen Macht der regierenden Generation abhängen. Bis die Sozialwerke auch für uns Junge fair ausgestaltet sind, ist es noch ein langer und steiniger Weg. Die jungfreisinnigen werden sich daher weiterhin für eine langfristige Sicherung der Sozialwerke einsetzen. ■

Der liberale Beobachter berichtet...

SWISSAID setzt sich im In- und Ausland für Entwicklungszusammenarbeit ein. Die Gönner spenden mit der Absicht, dass das Geld für die Entwicklungshilfe verwendet wird. Anstatt sich auf ihre Projektländer zu konzentrieren, engagierte sich SWISSAID zusammen mit linken Parteien im Abstimmungskampf für das Gentechnik-Moratorium. Diese Situation

ist grotesk und befremdend. Das Vertrauen der Spender wird missbraucht, die Mittel zweckentfremdet. Stossend ist zudem, dass fast die Hälfte des Budgets von SWISSAID aus der Bundeskasse stammt. SWISSAID-Präsidentin ist übrigens die Berner SP-Ständerätin Simonetta Sommaruga. ■



Simonetta Sommaruga

Schweiz läuft auf eine Stromlücke zu

Die CO₂-freie Kernenergie bietet sich als wirtschaftliche und umweltfreundliche Lösung an

Unter dem dreifachen Druck des weltweiten Bevölkerungswachstums, der legitimen Entwicklungsbedürfnisse von weniger entwickelten Weltregionen und der Lebensweise in den Industriestaaten wird die Nachfrage nach Energie weiter signifikant zunehmen.

Von Rudolf Steiner,
Nationalrat, Lostorf SO

Das führt bei der Frage, mit welcher Methode die Lücke in der schweizerischen Stromversorgung ab 2020 zu füllen sein wird, zum zwingenden Einbezug der Klimapolitik in unsere Überlegungen. Im Fokus der Überlegungen, wie dieser Bedarf möglichst CO₂-neutral, kostengünstig und bei hoher Verfügbarkeit gedeckt werden kann, steht neben den erneuerbaren Energien insbesondere die Kernenergie.

In der Schweiz öffnet sich bis im Jahre 2025 eine Angebotslücke von rund 25 TWh (Terawattstunden) an elektrischer Energie. Die grosse Versorgungslücke entsteht aufgrund der Einstellung der Produktion der Kernkraftwerke Beznau I, Beznau II und Mühleberg sowie der auslaufenden Stromimportverträge einerseits und der steigenden Energienachfrage in der Schweiz andererseits. Dieses Faktum wird heute auch unter Berücksichtigung von substanziellen Spar- und Effizienzmassnahmen von keiner Perspektivstudie bestritten. Wirtschaftswachstum und Stromverbrauch stehen in



Rudolf Steiner

unmittelbarer wechselseitiger Beziehung. Wir alle wollen in der Schweiz ein gesundes Wirtschaftswachstum und solide Arbeitsplätze. Eine ausreichende, sichere und stabile Elektrizitätsversorgung ist dazu eine Grundvoraussetzung.

Schweiz braucht bis 2025 zusätzliche 25 TWh elektrische Energie

Und was tut die Politik, um die drohende Angebotslücke CO₂-neutral zu schliessen? Im Konsens will sie bis 2035 zusätzlich 10 Prozent des heutigen schweizerischen Stromverbrauchs mit erneuerbaren Energien (Wasserkraft, Biomasse, Windenergie, Geothermie, Photovoltaik) bereitstellen, also rund 5 TWh. Ob dieses Ziel erreicht wird, hängt von den Fördermethoden ab

und auch davon, was das Ganze kosten darf.

Der Nationalrat hat Subventionen von über 5 Milliarden Franken zu Lasten der Stromkonsumenten und eine Reihe von Fördermassnahmen vorgesehen, um dieses Ziel zu erreichen. Damit wird rasch klar, dass die sich abzeichnende Lücke von 25 TWh im übersehbaren Zeitraum nicht mit einer «Traumfabrik» geschlossen werden kann. Geothermie und Kernfusion sind erst vor respektive im Prototypstadium, Energieeffizienz und Einsparungen sind wünschbar, aber limitiert, und das Potenzial der erneuerbaren Energien ist begrenzt. Trotz der massiven Förderung der erneuerbaren Energien bleibt immer noch eine Lücke von 20 TWh, die letztlich durch Gas- und/oder Kernkraftwerke sowie über Importe geschlossen werden muss.

Import ist langfristig keine gute Lösung

Während Erdöl, Erdgas und Kohle eine globale Betrachtung erfordern, ist bei der Elektrizität auf Grund des grenzüberschreitenden Netzverbundes der europäische Blickwinkel richtig. Auch die EU steht vor einer riesigen Versorgungslücke. Sie braucht in den nächsten 25 bis 30 Jahren rund 1000 Grosskraftwerke. Da liegt es auf der Hand, dass im Fall von Engpässen schon heute jedes Land zuerst für sich schaut: Die

Preise für elektrische Energie in der EU steigen bereits, und auch bei der Qualität gibt es Einschränkungen. Zur Erfüllung des Kyoto-Protokolls wird die EU die erneuerbaren Energien selbst benötigen. Damit wird sie vorwiegend Kohle- oder Gasstrom sowie Kernenergie für den Export zur Verfügung stellen können – wenn überhaupt. Ein verlässlicher Import aus der EU dürfte in Zukunft wegen der fehlenden Netzkapazitäten unsicherer werden. Das EU-Stromnetz ist veraltet und ein Netzausbau auch in der EU schwierig zu realisieren. Die Kapazitätsversteigerungen verteuern den EU-Strom zusätzlich. Stromimporte führen ferner zu unerwünschten Transportverlusten von zweieinhalb Prozent pro 100 Kilometer, was abermals auf die Preise wirkt. Und was einem von Importen abhängigen Land bei der kleinsten Netz-Panne blühen kann, hat der Blackout in Italien vor zwei Jahren gezeigt.



Die Schweiz tut also gut daran, die Stromlücke selbst zu schliessen. Nur so kann sie auch ihre Funktion als Stromdrehscheibe in Europa stärken und zur Stabilisierung des europäischen Stromnetzes beitragen. Eine verantwortungsvolle liberale Politik gebietet es deshalb der Schweiz, die Stromversorgung weiterhin aus inländischen Quellen sicherzustellen.

Ersatz der drei älteren Kernkraftwerke durch inländische Kernenergie

Die FDP lehnte es bisher konsequent ab, die drohende Energiefücke mit Gaskraftwerken zu decken. Dadurch würde letztlich ein Problem nur durch ein anderes ersetzt, weil die Stromproduktion aus Gas CO₂ verursacht. Für den verbleibenden, grösseren Teil der Stromversorgungslücke steht deshalb die Kernenergie klar im Vordergrund. Sie hat sich in der Schweiz seit über 30 Jahren bewährt. Sie ist verlässlich und die Technologie ausgereift. Die Kernenergie ist wirtschaftlich (geringe Abhängigkeit von Rohstoffpreisen, hohe Verfügbarkeit), CO₂-frei und umweltfreundlich (konzentriert, wenig Kulturland wird benötigt). Zudem ist die Abhängigkeit vom Ausland wegen der Lagerbarkeit geringer als bei andern Rohstoffen.

Die Vorarbeiten wie Machbarkeitsstudien, Standortwahl und die notwendigen Projektierungen für ein Gesuch zur Erteilung der Rahmenbewilligung sind deshalb ebenso ohne Verzug anzugehen, wie der Bundesrat über den von der Nagra im Jahr 2002 eingereichten Entsorgungsnachweis zu entscheiden hat. Die Rechtsgrundlagen für den Ersatz der alten Kernkraftwerke durch neue ist mit dem Kernenergiegesetz gegeben. ■

Auch die Politik kann Zähne zeigen

wo nicht nur die Sonne aufgeht	das Eidgenössische 2005 in Frauenfeld	Gegen-od. Rückwirkung auf die Aktion	hier am Rheinfall produziert Trybol	Masszahl für d. Klopffestigkeit von Benzin	Kleieprodukt aus dem Hause Trybol	manch verheerender raste durch die Karibik	leider immer kürzere Dauer-Verbindung	Kampfplätze für Artisten und Politiker
5				Pflänzchen für Trybols Pasten und Salben				2
		Einsteins Namensformel Erbfolge		alte Münze neuer Dollar kürzestes Bundesamt		3	edles Ballongas Kummer und Sorge	
Couchepins Initialen Hektors troj. Mutter					Schweiz Mörgeli auf Hochdeutsch			
		1					4	Haupt- oder Hautzweig von Trybol
Kranich, seit 2005 mit Swiss Flügeln		kurz im Auftrag ist jetzt wieder im Stall	6			eher altes Schiff wolliger Vierbeiner		
ein Loch in im weissen Jura								Sämu Schmidts Baukasten
nimmt der Geldgeber rennt im Nordgebiet		10				Schmierem und Salben zwecks Schönheit	unter anderem kurze Strasse	
		über dem politischen wird oft lange gebrütet				Politiker versuchen es ändern zu stellen		
			8				12	post meridiem Israels Autozeichen
ziehen sich lang durch Südamerika Halbton	afrikanische Buschkatze	Freisinnige machen sie mit Köpfen	7	drei Wochen alter Armeedienst	kein Geldwaschmittel wo besond. Saft fliesst			
		14	athletisches und oft auch politisches Kunststück		Rad für Schauspieler und Politiker			
baute in Dresden und die CH-ETH					Blümchen im Mundwasser Artikel		gesamte Prosa-Schreiberei	
so trillerts in mancher Partitur	11	two years ... vor zwei Jahren			Autozeichen a. Nil Erbeil für Techniker		Cäsars Ich oft auch ein Faux ...	
Paris brennt, war die Folge	brachte Panik ums liebe Federvieh						13	leichte Kilotonne
					Schiffsanlegestelle an deutschen Ufern			
heizt unter der Grillwurst				da wirds knapp oder schmal		Kartenspiel aber kaum ein Schweizer Jass	15	



Den eigenen Körper hin und wieder zu verwöhnen, ist wichtig fürs Wohlbefinden. Die vier Produkte (Gesamtwert Fr. 128.-), die Sie gewinnen können, helfen Ihnen dabei.

1.-20. Preis
je ein Set mit Qualitätsprodukten aus dem Hause TRYBOL (www.trybol.ch), bestehend aus:

2x BICOSMETIC Gesicht- und Körpercreme – ausgewählte, natürliche Wirkstoffe pflegen Ihre Haut und erhöhen deren Feuchtigkeitsgehalt.

1x TRYBOL Kräuter-Zahnpasta Swiss-dental – Zahnpasta mit Vitamin-E-Liposomen und Kamille für gesundes Zahnfleisch und gepflegte Zähne.

1x TRYBOL Mundspray clip-fresh – natürlich erfrischend, diskret, elegant, in Kugelschreiber-Form zum Anklippen, nachfüllbar mit originalem TRYBOL Kräuter-Mundwasser.

So machen Sie mit: Schreiben Sie bis Montag, 19. Dezember 2005 (A-Post-Stempel) eine Postkarte oder eine E-Mail mit dem Lösungswort und Ihrem Namen und Adresse an:

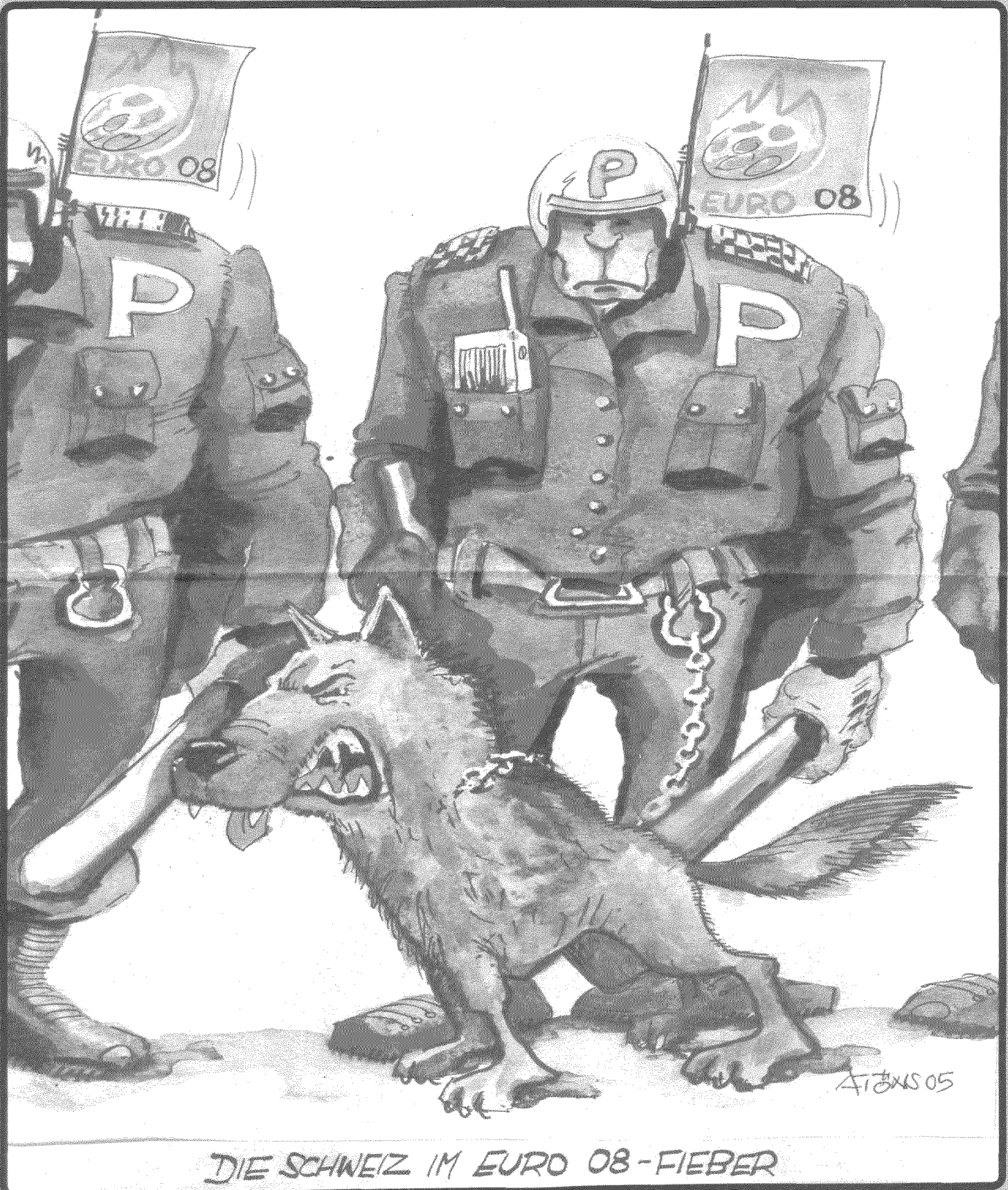
Generalsekretariat FDP Schweiz
«Freisinn»-Rätsel
z. Hd. Herrn Nico Zila
Postfach 6136
3001 Bern
raetsel@fdp.ch

Die Gewinnerinnen und Gewinner werden ausgelost und persönlich benachrichtigt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Die Auflösung des Rätsels aus der letzten «Freisinn»-Ausgabe finden Sie auf der nächsten Seite.

Lösungswort:

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----	----	----



DIE SCHWEIZ IM EURO 08-FIEBER

Karikatur: Andreas Töns

**blockkieren?
jammern?**

Initiative pro Wachstum

**Unterschriften
sammeln!**

www.wachstum.ch

FDPO 

Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz

Den Wohlstand erhalten. Mit Sicherheit!